



Dokumentation des
2. BBE-Fachkongresses
am 9. und 10. November 2017
in Berlin

PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen

Impressum

Herausgeber:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 62980-110
Fax: +49 (0)30 62980-151
E-Mail: info@b-b-e.de
Web: www.b-b-e.de

Redaktionsteam:

Dr. Lilian Schwalb (BBE)
Behzad Fallahzadeh (BBE)
Anne-Kathrin Lange (BBE)

Layout & Satz:

Jöran Fliege
www.joeran-fliege.de



V.i.S.d.P.:

PD Dr. Ansgar Klein (BBE)

Bildnachweise:

Jörg Farys
www.dieprojektoren.de

ISBN: 978-3-9818732-7-6

Erscheinungsdatum: April 2018

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



MENSCHEN
STÄRKEN
MENSCHEN

.....
UNTERSTÜTZEN SIE GEFLÜCHTETE MENSCHEN.
ÜBERNEHMEN SIE EINE PATENSCHAFT.

Was ist
das BBE?

BBE

INHALT

Einleitung

Der BBE-Kongress 2017 im Programm „Menschen stärken Menschen“

04

Grußworte

- I: Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
II: Carola Schaaf-Derichs, „aktiv in Berlin“ – Landesnetzwerk Bürgerengagement, BBE-SprecherInnenrat

08

Keynotes

- I: Prof. em. Dr. Dietrich Thränhardt: Flucht, Engagement, Verantwortung in Europa
II: Prof. em. Dr. phil. Michael Haller: ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien – Flucht und Engagement in der Wirklichkeit

16

Podien

- I: „Willkommen – Ankommen – Weiterkommen. Wo stehen wir heute?“
Statements aus den moderierten Interviews
II: „Zukunft gestalten. Verstetigung vorantreiben. Nachhaltigkeit fördern.“
Zusammenfassung der abschließenden Podiumsdiskussion

24

Dialogforen

- I: Zugänge zu Bildung gestalten: Barrieren abbauen – Teilhabe stärken
II: Öffentlichkeitsarbeit: Menschen gewinnen, Konkurrenzen vermeiden
III: Wege in die Arbeitswelt: Zugänge ermöglichen, sektorenübergreifend begleiten
IV: Vorbereiten, Matchen, Begleiten: Gute Praxis von Beginn bis zum Ende
V: Interkulturalität als Chance: PatInnenschaften in einer vielfältigen Gesellschaft
VI: Brücken schlagen: Kooperationen für die nachhaltige Prozesssteuerung

34

Fazit und Empfehlungen

Nachhaltigkeitsperspektiven, Professionalisierung und Weiterentwicklung in bewegten Zeiten

52

Brücken zum Weiterkommen

- I: Am Kongressprogramm aktiv beteiligte Personen
II: Programmträger und AnsprechpartnerInnen im Programm „Menschen stärken Menschen“ im Förderzeitraum 2017
III: Zum Weiterlesen: Verweise auf Online-Materialien

60



EINLEITUNG

Der BBE-Kongress 2017 im Programm „Menschen stärken Menschen“

Zum zweiten Mal kamen im Rahmen des Programms „Menschen stärken Menschen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und geladen durch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am 9. und 10. November 2017 rund 200 Akteure zum Jahreskongress in Berlin zusammen. Ziel war es, sich fachlich auszutauschen und auf den neuesten Stand zu bringen, Impulse aufzunehmen, sich zu vernetzen und Wissen und Kompetenzen miteinander zu teilen. Gerahmt wurde der Kongress von einer weiter entwickelten gesellschaftspolitischen Situation: Auf der einen Seite ist im Jahr 2017 eine aktive, vitale Zivilgesellschaft wahrzunehmen. Das Engagement für und mit geflüchteten Menschen scheint ungebrochen. Fachdebatten haben sich weiterentwickelt. Strukturen wurden etabliert und haben sich gefestigt. Akteure haben aus ihren Erfahrungen gelernt und Wissen erfolgreich angewandt.

Auf der anderen Seite sind in Teilen der Bevölkerung zunehmend Widerstände gegen eine Willkommenskultur wahrzunehmen. Der Themenkomplex Flucht, Engagement und Migration spielt eine nachrangige Rolle im Zuge der Bundestagswahl. Die AfD besetzt das Thema. Geringe bis negative Erwähnung findet das Thema in der medialen Öffentlichkeit. Parallel berichten Programmträger von Schwierigkeiten, in manchen Regionen im gleichen Ausmaß weitere Engagierte für PatInnenschaften gewinnen zu können. Die Koalitionsverhandlungen ziehen sich hin, eine Regierungsbildung bleibt lange nicht in Aussicht, die Zukunft des Programms kann zunächst politisch nicht weiter thematisiert werden.

Derweil beschritt das Programm „Menschen stärken Menschen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in seinem zweiten Programmjahr neue, interessante Wege und entwickelte sich erfolgreich weiter. Das belegen die Kooperationen und der Wissenstransfer der vielfältigen Programmträger von 23 zivilgesellschaftlichen Organisationen (s. Liste im Anhang), die mit über 600 lokalen Untereinheiten in den Städten und Gemeinden als Strukturen vor Ort, rund 45.000 PatInnenschaften zwischen Geflüchteten und bereits einheimischen Menschen stiften.

Auch im zweiten Programmjahr wurden damit die drei ambitionierten Ziele des Programms, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Überführung spontaner Hilfsbereitschaft in dauerhaftes Engagement und die Förderung der Integration geflüchteter Menschen, mit großen und festen Schritten weiter angegangen.

Im Jahr 2016 lanciert, wird mit dem Programm ein niedrigschwelliger Ansatz verfolgt: Auf der lokalen Ebene kommen Engagierte mit Geflüchteten in persönlichen Kontakt. Durch PatInnenschaften, Mentoringprogramme oder LotsInnenprojekte sollen Beziehungen gestiftet werden. Auf der Bundesebene werden zwischen den Programmträgern der Wissenstransfer, die Vernetzung und der fachliche Austausch unterstützt. Ein wichtiges Vehikel hierfür ist der bundesweite Kongress, den das BBE als Programm-Mitträger in diesem Jahr zum zweiten Mal im Rah-

men des Programms veranstaltete. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Diskussionen und Ergebnisse der Veranstaltung.



In den Mittelpunkt der fachspezifischen Debatten innerhalb des Programmes rückten im Jahr 2017 beispielsweise die folgenden wichtigen Fragen, die auch die Teilnehmenden am BBE-Kongress beschäftigten:

- » Wie können Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration verbessert werden? Wie können Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integriert werden?
- » Was können PatInnen, Kommunen und der Staat, die organisierte Zivilgesellschaft sowie Unternehmen dazu beitragen?
- » Welche Faktoren fördern das Engagement von Geflüchteten?
- » Welche Rolle spielt dabei die interkulturelle Öffnung von Institutionen?
- » Welche Hindernisse erschweren Geflüchteten den Zugang zum Bildungssystem und wie können PatInnen dabei helfen, diese Hindernisse zu überwinden?

Weiter geführt wurden auch nach dem ersten Programmjahr Diskurse über Wege und Möglichkeiten einer Verstetigung des Engagements und den längerfristigen Erhalt der bislang erfolgreich aufgebauten Strukturen.

Das Programm „Menschen stärken Menschen“ war im Jahr 2017 demnach von vielfältigen politischen, verwaltungstechnischen und organisatorischen Herausforderungen, ebenso wie von weiter entwickelten Fachdebatten im Themenkomplex Flucht, Engagement und Integration mit Bezug zu PatInnenschaften geprägt.

Raum für sektorenübergreifenden Austausch

Vor diesem komplexen Hintergrund bot der zweite bundesweite BBE-Fachkongress „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen“ den Programmträgern und Förderern von Programmen und Projekten sowie weiteren ExpertInnen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und

Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, die sich im Themenfeld des Kongresses bewegen, einen Raum zum Austausch, Wissenstransfer und zur Vernetzung.

Der Kongress wurde durch Grußworte von Seiten des BMFSFJ – Staatssekretär Dr. Ralf Kleindieck – und des BBE – SprecherInnenratsmitglied Carola Schaaf-Derichs – eröffnet. Zu Beginn eines jeden der beiden Kongresstage gab es Vorträge renommierter Wissenschaftler zum Themenkomplex.

Prof. em. Dr. Thränhardt gab unter der Überschrift „Flucht, Engagement, Verantwortung in Europa“ vertiefende Einblicke in Fachdebatten und politische Folgen sowie Stoff für Diskussionen. Prof. em. Dr. phil. Haller gab unter Bezugnahme auf Ergebnisse seiner umfangreichen Studie eine Keynote Speech mit dem Titel „‘Flüchtlingskrise’ in den Medien – Flucht und Engagement in der Wirklichkeit“.

Im Fokus von sechs themenspezifischen Dialogforen standen die Praxiserfahrungen der am Programm Beteiligten, die Erfahrungen zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und Unternehmen, sowie aktuelle Forschungsergebnisse mit Bezug zum Programm. In den Dialogforen wurden abschließend konkrete Empfehlungen für Programmträger, Förderer und KoordinatorInnen formuliert.

Die zwei Podienformate – „Willkommen – Ankommen – Weiterkommen: Wo stehen wir heute?“ sowie „Zukunft gestalten. Verstetigung vorantreiben. Nachhaltigkeit fördern.“ – widmeten sich den kurz- und langfristigen Folgen der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage, ihren Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen des Programmes und einer möglichen Weiterentwicklung in Richtung bildungsferner und benachteiligter Gruppen.

Allen Teilnehmenden sei herzlich dafür gedankt, dass sie in einem kollegialen Austausch ihre Erfahrungen und ihr Wissen geteilt, gemeinsam aktuelle Bedarfe und Herausforderungen identifiziert und Empfehlungen an KoordinatorInnen, Programmträger und Förderer formuliert haben. Ein besonderer Dank gilt den ModeratorInnen der Dialogforen, die die regen Diskussionen begleiteten und die Ergebnissicherung gewährleisteten. Die Impulsgebenden in den Dialogforen haben wertvolle Denk- und Diskussionsanstöße gesetzt. Ein ausdrücklicher Dank geht auch an die Herren Prof. em. Dr. Thränhardt und Prof. em. Dr. phil. Haller. Mit ihren Vorträgen haben sie wissenschaftlich fundierte Akzente gesetzt, den Teilnehmenden Einblicke in Erkenntnisse zur übergreifenden politischen und europäischen Dimension der Debatte und zum Umgang der Medien mit dem Themenkomplex Flucht – Engagement – Integration gewährt und sehr interessante Thesen zur Diskussion gestellt.

Die inhaltlich-fachliche Weiterentwicklung des Programms wäre ohne die fachliche und politische Unterstützung durch das BMFSFJ und die gute Zusammenarbeit zwischen Trägern und Ministerium nicht möglich gewesen. Ein besonderer Dank gilt dem fördernden Haus einschließlich der dieses repräsentierenden VertreterInnen für die gute Zusammenarbeit.

Für das BBE: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Behzad Fallahzadeh, Anne-Kathrin Lange



GRUSSWORTE

Dr. Ralf Kleindiek

Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Frau Schaaf-Derichs, Herr Dr. Klein, Herr Dr. Röbbke,
Sehr geehrter Herr Abgeordneter Patzelt, sehr geehrte Damen und Herren,
haben Sie vielen Dank für die Einladung zu diesem Fachkongress.

1.

Ich bin gerne zu Ihnen gekommen. Denn Sie und Ihr Engagement sind etwas ganz Besonderes: Sie stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die nicht fragt, woher man kommt, sondern wohin man will. Eine Gesellschaft, in der jede und jeder teilhaben kann. Sie bauen anderen Menschen Brücken und begleiten sie auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft. Das Engagement, das Sie vermitteln, unterstützen, begleiten und auch selber ausüben, hilft und stärkt nicht nur von Mensch zu Mensch. Sie stärken mit dieser wichtigen Arbeit gleichzeitig unser Land. Vielen Dank!

2.

Im letzten Jahr sind wir schon einmal zusammenkommen. Damals noch unter dem Eindruck der hohen Zuwanderungszahlen aus Krisen- und Kriegsgebieten. Seitdem hat sich einiges getan. Der Rückstand des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bei der Bearbeitung von Asylanträgen geht langsam aber sicher zurück. Die Notunterkünfte in unserem Land leeren sich. Die großen Herausforderungen der ersten Stunde – die Versorgung mit Wohnraum, Kleidung, Gesundheitsvorsorge – liegen hinter uns. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns jetzt zurücklehnen können. Im Gegenteil. Der Titel der später folgenden Podiumsdiskussion sagt es schon: „Willkommen – Ankommen – Weiterkommen. Wo stehen wir heute?“ Das Willkommen liegt hinter uns. Auf die Erstversorgung der Menschen muss nun der zweite Schritt folgen: das Ankommen, die Integration. Und dieser Schritt wird nicht leichter als der erste. Denn Integration funktioniert nicht von selbst. Sie wird Kraft und Zeit kosten – auf beiden Seiten. Wir müssen klar sagen, was wir von Menschen erwarten, die dauerhaft hier bleiben wollen. Dazu gehört die uneingeschränkte Achtung unserer Rechtsordnung. Die Akzeptanz grundlegender demokratischer Werte wie die Meinungs- und Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Zugleich ist Integration nicht allein eine Bringschuld der Menschen, die neu zu uns gekommen oder geflüchtet sind. Auch wir müssen uns bewegen, damit dieser zweite Schritt gelingt und wir nicht ins Stolpern geraten. Wir brauchen ausreichend Sprach- und Integrationskurse, Ausbildungsplätze und Angebote für Weiterqualifizierungen. Und wir müssen unsere Gesellschaft und ihre Institutionen weiter öffnen. Für mehr interkulturellen Dialog und eine gelingende Integration brauchen wir vor allem Menschen und Menschlichkeit. Denn es sind Menschen, die handeln. In Behörden, in Unternehmen, in Verbänden und Initiativen vor Ort. Integration wird leichter, wenn Menschen, die sich integrieren wollen, auf Menschen treffen, die bereit sind, zu integrieren. Wir brauchen eine aktive, engagierte Zivilgesellschaft. Das Gute ist: wir haben sie! Über 31 Millionen Menschen ab 14 Jahren

engagieren sich jedes Jahr freiwillig für unser Gemeinwesen. Sie sind in Vereinen, Stiftungen, Genossenschaften, Netzwerken, Verbänden oder in religiösen Gemeinschaften aktiv. Sie gestalten ihr unmittelbares Umfeld und unsere Gesellschaft entscheidend mit.

3.

Meine Damen und Herren, damit bürgerschaftliches Engagement in der Integration von Geflüchteten eine gute Rolle spielen kann, braucht es gute Rahmenbedingungen. Dazu will mein Haus beitragen. Um die vielen Engagierten zu unterstützen, haben wir Anfang 2016 das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ gestartet. Es umfasst ein Patenschafts-, Gastfamilien- und Vor-

mundschaftsprogramm. Sie alle zielen darauf ab, in der Flüchtlingshilfe engagierte Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Zugleich soll es Zugewanderten durch persönlichen Kontakt die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern. Der Patenschaftsansatz hat sich bei dieser Aufgabe als goldrichtig erwiesen. Vor allem dank der 23 Programmträger und der über 500 Einrichtungen, die das Programm vor Ort umsetzen. Rund 40.000 PatInnenschaften wurden neu gestiftet und es kommen jeden Tag noch mehr dazu. Rund 13.000 PatInnenschaften, die schon bestanden, werden fortgeführt. Welchen Wert diese PatInnenschaften für die Engagierten und die Geflüchteten haben, hat die Programmevaluation kürzlich gezeigt. 90 Prozent der befragten Freiwilligen sagen, dass ihre Patenschaft einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet und dass sie weiterhin ehrenamtlich aktiv bleiben wollen. Durch die Patenschaft haben rund ein Drittel der geflüchteten Tandempartnerinnen und Tandempartner einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Betreuungsplatz oder ähnliches gefunden. In ähnlichem Umfang haben sie durch ihre Paten Zugang zu einem Verein gefunden. Ein Fünftel ist mittlerweile selbst ehrenamtlich engagiert. So wie Herr Al Mujawer, der vor fast zwei Jahren mit seinem Bruder aus Damaskus nach Deutschland geflohen ist. Von Oktober 2016 bis Mitte Mai 2017 war er als Freiwilliger im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes beim Verein Polnischer Sozialrat eingesetzt. Jetzt sucht er eine Ausbildungsstelle zum IT-Systemelektroniker. Nebenbei ist er in mehreren Repair-Cafés ehrenamtlich aktiv, wo defekte Elektrogeräte gemeinsam repariert wer-



den. Zudem betreut er die Facebookseite und die Internetseite des Polnischen Sozialrates und des Patenschaftsprogrammes „Gemeinsam.Schaffen.“ Es gibt viele dieser guten Beispiele in unserem Land. Sie verdeutlichen: Ohne die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen, die vor Ort ihr Herzblut, ihre Ideen und Kompetenzen einbringen, wäre der Erfolg von „Menschen stärken Menschen“ undenkbar. Viele Programmträger und Einsatzstellen sind heute hier. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und Ihnen für Ihr großartiges Engagement danken. Sie bauen Menschen Brücken in unsere Gesellschaft und begleiten Sie auf ihrem weiteren Weg. Die entsprechenden Mittel sind angemeldet und sollen wegen einer Erweiterung des Programms auf eine neue Zielgruppe sogar von 10 Mio. auf 18 Mio. erhöht werden. Solange aber kein verabschiedeter Bundeshaushalt vorliegt, können wir Ihnen keine finalen Zusagen machen. Uns ist bewusst, dass es Träger gibt, die diese Übergangszeit und die vorläufige Haushaltsführung vor Herausforderungen stellt. Wir haben gerade die kleineren Träger hier im Blick und arbeiten an Lösungen. Und ich bin überzeugt, dass die nächste Regierung den Erfolg des Programmes nicht gefährden und die benötigten Mittel so schnell wie möglich freigeben wird.

4.

Auf das, was in den vergangenen zwei Jahren mit „Menschen stärken Menschen“ erreicht wurde, können wir stolz sein. Aber wir dürfen uns nicht auf diesem Erfolg ausruhen. Es liegen noch einige Aufgaben vor uns. Aktuell erleben wir eine Schwerpunktverschiebung. Der Willkommensgedanke, die Orientierung und das Erlernen der deutschen Sprache werden durch andere Themen mehr und mehr abgelöst. Es geht für viele Geflüchtete nicht mehr um das Willkommen oder Ankommen, sondern um das Weiterkommen. Es geht um gesellschaftliche Teilhabe in all ihren Facetten. Vom Kita-Besuch der Kinder, über Fragen zu unserem Schul- und Ausbildungssystem bis hin zur Suche nach Ausbildungs-, Praktikums- und Arbeitsstellen. Das stellt auch unser Programm „Menschen stärken Menschen“ vor neue Herausforderungen. Bisher stand zum Beispiel die Vernetzung mit Arbeitsagenturen, Wirtschaftsverbänden und großen Unternehmen nicht so im Fokus. Darauf wollen wir mit Ihnen Antworten finden. Es wäre zu viel verlangt, dass Sie diese Aufgaben nun ganz alleine angehen. Zumal es an vielen Orten gut funktionierende Netzwerke und Anlaufstellen gibt. Auch wir, das Bundesfamilienministerium, sind als Gesellschafts- und Engagementministerium hier aktiv. Unter anderem mit unserem Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“, das Eltern über den Wert des Kitabesuches für ihre Kinder informiert. Damit wollen wir Eltern und Kinder beim Ankommen und im Integrationsprozess weiter begleiten und unterstützen. Ein weiterer Baustein ist die Elternbegleitung für geflüchtete Familien durch das Bundesprogramm „Starke Netzwerke“ und die über 8.000 Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter des Programmes „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“. Sie beantworten Fragen zu unserem Bildungssystem, zu Unterstützungsstrukturen für Familien und stehen den Familien mit Rat und Tat zur Seite: von der Kita-Suche bis zur Schulauswahl. Oder das ESF-Bundesprogramm „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“, das darauf abzielt, Müttern mit Migrationshintergrund den Erwerbseinstieg zu erleichtern.

5.

Meine Damen und Herren, Aufgabe dieses Fachkongresses ist es, Sie dabei zu unterstützen, für die Menschen vor Ort die beste Lösung zu finden. Damit die Geflüchteten weiterkommen. Das geht am besten über kurze Wege und den persönlichen Kontakt. Es kann nicht schaden, wenn man bereits eine Ansprechperson an der zuständigen Stelle kennt, an die man sich bei Fragen vertrauensvoll wenden kann. Auch dazu dient dieser Kongress. Wir wollen Sie, die Expertinnen und Experten, die Praktikerinnen und Praktiker aus verschiedenen Bereichen zusammenbringen. Wir wollen Ihnen die Möglichkeit geben, sich über gute Beispiele und Ansätze auszutauschen und gegenseitig von ihren Erfahrungen zu profitieren. Daher danke ich auch den vielen anwesenden Fachleuten, die ihr Wissen heute hier einfließen lassen. Und ich danke dem Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement, das für Sie wieder ein spannendes, vielseitiges Programm auf die Beine gestellt hat. Damit wir geflüchtete Menschen auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft weiter erfolgreich begleiten. Damit wir auf unserem Weg zu einer vielfältigen, weltoffenen und solidarischen Gesellschaft weiterkommen und die nächsten Schritte in Angriff nehmen können. Ich wünsche Ihnen einen interessanten Austausch und einen erfolgreichen Kongress.

Vielen Dank für Ihre gute Arbeit und Ihr Engagement!

Es gilt das gesprochene Wort.



Carola Schaaf-Derichs

Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin, BBE-SprecherInnenrat.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek,
sehr geehrter Herr Martin Patzelt,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Thränhardt und Prof. Dr. Haller,
sehr geehrte VertreterInnen der Programmträger des Programms „Menschen stärken Menschen“,
sehr geehrte Expertinnen aus Zivilgesellschaft, Netzwerkstrukturen auf lokaler Ebene, Ländern und Bund, Wirtschaft und Wissenschaft,
im Namen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement darf ich Sie herzlich willkommen heißen!

Schon zum zweiten Mal tagt dieser Fachkongress und bringt somit „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen“ zusammen. Die überaus große Resonanz zeigte uns schon im Vorfeld, wie wichtig das Hauptziel des Kongresses nach wie vor ist: den sektorübergreifenden Austausch zu ermöglichen sowie die Vernetzung der Akteursgruppen zu fördern. Wir haben heute eine beeindruckende Vielfalt und Vielzahl von AkteurInnen hier! Gemeinsam mit Trägern und Förderern, VertreterInnen aus Politik von Bund, Ländern und Kommunen, aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wollen wir diese beiden Tage nutzen, um kooperative Lösungswege und Perspektiven in den Blick zu nehmen und gemeinsam Unterstützungsbedarfe und Empfehlungen zu formulieren. Wie immer ist unser Credo, hierfür eine Plattform für die ergebnisorientierte Zusammenarbeit schaffen zu können, als auch die Netzwerkpraxis zu evaluieren und nach vorne zu schauen.

In diesen zwei Jahren seiner Laufzeit kann das Programm „Menschen stärken Menschen“ des BMFSFJ bereits auf eine beeindruckende Zwischenbilanz blicken: 40.000 PatInnenschaften wurden gestiftet; das bedeutet, dass mindestens 80.000 Personen in PatInnenschaften involviert sind. Das spricht für sich. Lassen Sie uns das mit großem Respekt betrachten und auch als gemeinsames Werk feiern.

Aber nun kommt das Programm auch von seiner Aufbauphase in die Notwendigkeit, die aufgebauten Strukturen zu festigen und zu institutionalisieren, wie es im Jargon einer Organisationsentwicklungsperspektive heißen würde. Das bringt aber auch große Verantwortung mit sich:

- » Aufgebaute Strukturen müssen erhalten und verstetigt werden.
- » Gewonnene Freiwillige möchten ihr Programm und ihr Engagement weiterentwickeln und nachhaltig unterstützt sehen.
- » Wir unterstützen in den Geflüchtetenunterkünften EhrenamtskoordinatorInnen und stellen fest, wie wichtig dieses neue Infrastrukturelement ist, um zwischen den Ehrenamtlichen und den Geflüchteten eine Mittler- und Vermittlerposition zu haben.
- » Aufgebautes Vertrauen der Geflüchteten muss durch integrative Maßnahmen untermauert werden.
- » Gleichzeitig sind weder die Quellen freiwilligen Engagements unerschöpflich, noch sind die Wege gesellschaftlicher Integration und des Zusammenlebens ein-

fach oder unkompliziert zu gehen. Wir sind hier mit vielerlei Herausforderungen im Sinne der Glaubwürdigkeit des Vorhabens konfrontiert und gefordert.

- » Eine weitere, nicht zu verleugnende gesellschaftliche Entwicklung spielt sich im Raum der Demokratie und der normativen Werte ab. Spätestens seit dem Bundestags-Wahlergebnis in diesem September wissen wir, dass die Frage nach der Aufnahme und Integration von Geflüchteten eine gesellschaftliche Spaltung und zugleich den Einfluss rechtspopulistischen Denkens deutlich macht. Prof. Roland Roth, dessen Sicht ich vorgestern bei der Jahresfachtagung der bagfa erfahren konnte, spricht von der Beobachtung einer „Opposition gegen Vielfalt“ und einer „Ethnisierung des Sozialen“, die er im Rahmen von empirischen Untersuchungen feststellen konnte. Vereinfacht ausgedrückt, weist dies auf die Vorstellung hin, dass Wohlstand und Demokratie für die „Alt-Eingesessenen“ gewünscht werden. Aber nicht für die Neuen, die Zugewanderten und die Geflüchteten in der Gesellschaft.
- » Fluchtzuwanderung und sozialer Zusammenhalt stehen sich offensichtlich bei einem kleineren Teil der Gesellschaft diametral gegenüber. Der größere Teil, so sieht es Prof. Roth, sei – noch – hoch engagiert, aber zum Teil auch vopolitisch. Eine Spaltungsgefahr wird daher überall dort befürchtet, wo es keine Brückenbauer, keine Moderation oder keine Förderung derselben gibt. Dies erscheint mir für unsere Fachtagung als eine zentrale Anforderung im Sinne der Förderung einer vielfältigen Demokratie, wie sie eine vielfältige Gesellschaft auch benötigt.

Doch damit vorerst genug der Analyse! Wir sind hier vor allem zusammen gekommen, um möglichen problematischen Veränderungen entgegenzuhalten, was sich im tagtäglichen Leben bereits an kohäsiven, den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen Menschen stärkenden, untermauernden Beziehungen zwischen Neu-Deutschen und Alt-Deutschen zum beidseitigen Gewinn entfaltet hat und nun auch in Projekten verankern lässt.

Wir haben die Gelegenheit, in den kommenden zwei Tagen viele Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und dann auch an gemeinsamen Fragen zu arbeiten, z. B.:

- » Wie kann die Politik durch ein zeitnahes Aufnehmen der wichtigen Themen ein entschiedenes Handeln in der neuen Legislaturperiode entwickeln?
- » Wie kann die Wirtschaft ihr Engagement für Geflüchtete durch die Arbeit an neuen Konzepten der Arbeitsmarktintegration voranbringen?
- » Wo muss die Zivilgesellschaft ihre Hürden für Kooperationen durch Partikularinteressen und Konkurrenzdenken überprüfen?
- » Wie kann von der Bundesebene die Weiterführung der Förderung des Programms über 2018 hinaus gelingen? Ich bin sehr froh zu hören, dass es eine vorläufige Haushaltsführung gibt – Sie haben uns sehr einschlägig ermuntert, lieber Herr Dr. Kleindiek, dass wir auch ein Auge darauf haben und Ihr Haus darauf ausgerichtet ist, das Programm weiterzuführen. An dieser Stelle nochmals ganz herzlichen Dank dafür.
- » Wie können wir alle unsere Vernetzung und Kooperation bündeln und sektorenübergreifend zusammenarbeiten? Lokal und überregional?

Wie ich schon formuliert hatte, nur die **Förderung** des bürgerschaftlichen Engagements und ihrer Infrastrukturen werden auch und gerade im Bereich Integri-

on und Flucht zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und gesellschaftlichen Spannungen vorbeugen. Wir brauchen diese Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft!

Unser heutiger BBE Kongress spiegelt die Idee der Vernetzung und Kooperation wider, vor allem durch die Dialogforen:

- » Sie ermöglichen einen themenspezifischen Erfahrungsaustausch zwischen Theorie und Praxis, zwischen verschiedenen Sektoren und Akteuren.
- » Unser Ziel ist die Formulierung von Handlungsempfehlungen durch Sie, die Teilnehmenden an Förderer, Träger und Partner.
- » Die Erfahrungen und das Wissen von Ihnen allen als Teilnehmende an diesem Kongress stehen somit im Mittelpunkt.
- » Die aktive Beteiligung aller Teilnehmenden ist ausdrücklich und in besonderem Maße gefordert.



Im letzten Jahr ist viel vorgefallen, viel passiert: Der letzte Kongress war noch stark von der Phase des Willkommenheißen geprägt, stand noch im Kontext der Ankunft der vielen Menschen auf der Flucht und der Reaktionen der Zivilgesellschaft auf akute Nöte und Bedarfe.

Inzwischen sind die Fachdebatte und das Feld auf dem Weg zur Professionalisierung und stehen vor ganz neuen Fragen und Herausforderungen.

Dieser Kongress nimmt diese Fragen auf. Es sind ExpertInnen zusammengekommen, die gemeinsam Antworten finden und Lösungswege aufzeichnen wollen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Engagement-Ministerium, von dem wir hoffen, dass es eines bleiben kann, ganz herzlich für die Förderung und inhaltliche Unterstützung dieses Programms danken, insbesondere für diese Fachtagung als Herzstück der Standortbestimmung. Herzlichen Dank an alle Beteiligten, in den Foren und auf den Podien! Ihr Beitrag ist unser Fortschritt – ich wünsche uns nun einen guten und ertragreichen Austausch!

Es gilt das gesprochene Wort.

A large crowd of people, likely at a conference or event, is shown in profile, facing right. The image is heavily overlaid with a blue tint. The people are dressed in business attire, and many are holding papers or folders. In the background, there are large windows with a grid pattern, suggesting an indoor setting like a convention center or a large hall. The overall atmosphere is one of a busy, professional gathering.

KEYNOTES

Flucht, Engagement, Verantwortung in Europa

Prof. em. Dr. Dietrich Thränhardt, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Deutschland und andere westliche Länder haben hohe rechtliche Standards für die Flüchtlingsaufnahme. Gleichzeitig machen sie es aber Flüchtlingen schwer, diese Rechte wahrzunehmen. 147 Staaten sind der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten, die das Zurückweisungsverbot und soziale Rechte für Asylberechtigte garantiert. Die Europäische Union hat darüber hinaus mit ihren Richtlinien zur Aufnahme, zum Asylverfahren und zu den Normen bei der Anerkennung ein dichtes Netz von Standards entwickelt, die die Qualität der Aufnahme, Behandlung und Integration von Flüchtlingen in der ganzen EU sichern sollen. Sie sind geltendes Recht. In Deutschland garantiert darüber hinaus das Grundgesetz das Asylrecht und die Würde aller Menschen. Es gibt dem Staat den Auftrag, alle Menschen gleich zu behandeln, die Familien zu schützen, niemanden zu diskriminieren und soziale Rechte zu sichern.

Obwohl Deutschland und viele andere Staaten also weitgehende rechtliche Verpflichtungen eingegangen sind und diese Rechte in den letzten Jahren in der Europäischen Union im Einzelnen noch einmal bestätigt und verfeinert wurden, schirmen sie sich gleichzeitig gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ab. Sie ergreifen Maßnahmen, um ihre Länder unattraktiv für Flüchtlinge zu machen und sie auf diese Weise draußen zu halten oder in andere Länder zu lenken. Die EU-Kommission hat eine Fülle von Verfahren eröffnet, in denen die Einhaltung der europäischen Standards angemahnt wird, leider mit bescheidenem Erfolg. Der ehemalige niederländische Ministerpräsident Lubbers, später Hoher Flüchtlingskommissar, hat rückblickend beschrieben, wie in seiner langen Amtszeit immer stärker darauf geachtet wurde, die Niederlande möglichst unattraktiv für Flüchtlinge zu machen und diese in andere Länder zu lenken. Er beschreibt das als permanenten Konsens. Und vor diesem Hintergrund wird klar, warum Angela Merkels Auftreten 2015 so aufsehenerregend war, nicht nur im Kontrast zu Politikern wie Orban.

Dieser Gegensatz zwischen Bekenntnis zur Aufnahme und faktischer Abwehr zieht sich durch alle politischen Entscheidungen und Handlungen: Von den Flüchtlingslagern in Jordanien oder Kenia über die Visapolitik, die Restriktionen für die Fluglinien bis hin zur Asyl-Anerkennung, die Unterbringung, das Recht auf Arbeit, den Zugang zum Schulunterricht und zur medizinischen Versorgung. Vielfach wird Integration behindert oder verzögert, weil sie mit restriktiven Maßnahmen konterkariert wird. Das Engagement freiwilliger Bürger wird ausgebremst, wenn sie sich nicht mit Integration beschäftigen können, sondern sich an bürokratischen Hürden abarbeiten müssen. Gleiches gilt für die Bemühungen engagierter und interessierter Unternehmer.

Es kommt darauf an, diese Widersprüche aufzulösen. Das ist nicht einfach, aber es kann auf vielen Ebenen gelingen. Auch wenn Deutschland sicherlich nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen kann, kann es seine internen Verhältnisse soweit wie möglich optimieren. Gelingt es, die Flüchtlinge in einer absehbaren Zeit zu integrieren und zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft zu machen, so wird das auch Auswirkungen auf andere Länder haben. Gelingt es nicht, so ist das Gegenteil der Fall.

Außenpolitisch muss sicherlich die erste Priorität sein, die verursachenden Kriege, Bürgerkriege und Gewaltexzesse stillzustellen und zu beenden. Die zweite Priorität ist die Versorgung der Flüchtlinge in den Aufnahmestaaten und Aufnahmelagern. Zwar stellen Kritiker wie der englische Autor Paul Collier mit Recht fest, dass die Versorgung von Flüchtlingen in armen Ländern sehr viel preisgünstiger ist als in den reichen Ländern, aber die reichen Länder werden auf die Probleme oft erst dann aufmerksam, wenn Flüchtlinge im eigenen Land ankommen.



Dritte Priorität sind sichere Zugangswege nach Deutschland und in andere europäische Länder. Nur wenn es reale Möglichkeiten gibt, nach Europa zu kommen, kann das Sterben auf den Meeren gestoppt werden. Statt die Energie auf die Überschreitung der Grenzen zu richten und Schlepper zu finanzieren, können sich die Flüchtlinge dann auf ihr künftiges Leben vorbereiten. Entsprechendes gilt für die Staaten und ihre Grenzregime. Der Aufnahmeprozess in Deutschland, so großzügig er von außen aussehen mag, leidet an Desorganisation. Als seit Ende 2014 immer mehr Asylbewerber

kamen, reagierte das Innenministerium nicht. Zur Aufarbeitung des Bearbeitungsstaus wurden dann wenig ausgebildete Kräfte eingesetzt, was die Entscheidungsqualität stark minderte. Deswegen stehen wir heute vor über 300.000 unbearbeiteten Gerichtsverfahren. Für alle Beteiligten führte das zu langen Phasen der Unsicherheit über den Aufenthaltsstatus, was die Integration stark beeinträchtigte. Zudem erschweren die ständigen Veränderungen in der Gesetzgebung den Kommunen die Arbeit. Werden Flüchtlinge anerkannt, so haben sie keinen ausreichenden Zugang zu Sprachkursen, für die ebenfalls das BAMF verantwortlich ist. Die Herstellung einer neuen Normalität und Sicherheit wird durch dieses Missmanagement sehr erschwert.

Sehr viele Länder und Kommunen arbeiten effizient. Die Situation in Berlin ist ein besonderer Fall. Bürgerengagement kann sich am besten dann entfalten, wenn Staat und Kommunen ihre Aufgaben reibungslos erfüllen. Dann sind Ehrenamtliche nicht mit Behördengängen und dem Aufarbeiten von bürokratischen Problemen beschäftigt, sondern können sich auf Integration konzentrieren.

Zugang zu Arbeit oder Vorbereitung darauf ist entscheidend für Integration, für Anerkennung, für eine neue Normalität. Sie ermöglicht nicht nur finanzielle Unabhängigkeit, sondern erleichtert auch die Gesundung nach traumatischen Erlebnissen. Bürgerengagement kann entscheidend dazu beitragen: Die meisten Arbeitsplätze werden nicht durch amtliche Vermittlung, sondern durch soziale Kontakte gefunden. Weil Flüchtlinge solche Kontakte im neuen Land kaum haben, ist die Verbindung zu Einheimischen hier besonders relevant.

Bei diesem Text handelt es sich um eine stark gekürzte Fassung des Vortrags von Prof. Dr. Thränhardt vom 9. November 2017. Die Folien, die Prof. Thränhardt bei seinem Vortrag präsentierte, finden Sie auf der Projektseite unter

www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/projekte/patinnen-2017-keynote-thraenhardt.pdf

„Flüchtlingskrise“ in den Medien – Flucht und Engagement in der Wirklichkeit

Prof. em. Dr. phil. Michael Haller, Universität Leipzig, Wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung e.V.

Wenn es um die Beurteilung der Flüchtlingsberichterstattung geht, stellt sich vorneweg die Frage: Wie beurteilen wir journalistische Systemleistungen?

In Deutschland haben wir in Bezug auf den Informationsjournalismus seit mehr als einem halben Jahrhundert gut begründete, normative Funktionszuschreibungen, deren Geltung in Theorie und Praxis unstrittig ist. Sie finden sich im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1966, in den Landespresse- und Landesmediengesetzen, im Pressekodex, im Rundfunkstaatsvertrag und in den Redaktionsstatuten. Um einige dieser Normen zu nennen: Die Gesellschaft verlangt vom Journalismus, umfassend informiert und von daher über alle wichtigen Vorgänge und Positionen in der Gesellschaft ins Bild gesetzt zu werden. Sie erwartet auch, dass aus unabhängiger Sicht, also frei von Drittinteressen oder Parteinahme berichtet wird. Sie fordert die klare Trennung von Tatsachen und redaktioneller Meinung in der Berichterstattung. Und sie erwartet, dass die Journalisten gegenüber dem politischen System Kritik und Kontrolle üben, also nachfragen und recherchieren. Wir fassen diese Zuschreibungen unter das Leitbild des gesellschaftlichen Diskurses zusammen: Wenn der Informationsjournalismus diese Erwartungen erfüllt, können sich die Menschen orientieren, sie können als informierte Bürger am Diskurs teilnehmen. Unter dieser Voraussetzung ist gesellschaftliche Verständigung möglich – mithin die wichtigste Bedingung für eine auf integrative Prozesse gerichteten Demokratie.

Dieses normative Konzept liegt unserer Untersuchung zugrunde. Gegenstand der Studie ist die Berichterstattung über den Themenkomplex „Flüchtlinge/Asylbewerber“ von Anfang 2015 bis Ende März 2016, also jene Phase, die als „Flüchtlingskrise“ im kollektiven Gedächtnis gegenwärtig blieb. Wir haben rund 35.000 Texte inhaltsanalytisch untersucht: die News der reichweitestärksten Online-Nachrichtenseiten, die vier überregionalen Qualitätszeitungen, die Bild-Zeitung sowie 85 Lokal- und Regionalzeitungen in Ost- und Westdeutschland.

Nachfolgend die wichtigsten Befunde der Studie auf 10 Punkte verdichtet:

1. Die verzerrende Medienwirklichkeit:

Während des ersten Halbjahres 2015, als in Deutschland bereits viele tausend Migranten Monat für Monat um Asyl nachsuchten und sich das Flüchtlingsdrama im Mittelmeerraum ereignete, brachten die Newsmedien tagesschau.de, spiegel.de, welt.de und focus.de wohl manch dramatischen Situationsbericht, allerdings sehr niederschwellig und von zahllosen Handlungsorten ohne Einordnung und Bezugnahme auf die Verantwortung der westlichen Staaten für die Vorgänge in Nahost. Ende Juli 2015 (Brennpunkt Ungarn) schwoll die Nachrichtenwelle um ein Vielfaches an. Während dieser dreimonatigen Hochphase publizierte jede dieser Newssites im Laufe von 24 Stunden bis zu 17 Nachrichten zum Ereignisthema Flüchtlinge/

Asylanten. Die Redaktionen wurden mit News gleichsam überschwemmt und gaben dies als „Flüchtlingsflut“ an die Rezipienten weiter. In der Realität handelte es sich Anfang August um eine überschaubare Zahl an Migranten, die von Budapest via Österreich nach Deutschland kamen.

2. Meinung und Fakten:

Die Inhaltsanalyse der drei als Leitmedien geltenden Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“ zeigt, dass nachrichtliche Berichte und meinungsbetonte Beiträge dominieren. Nur rund 4 Prozent der Texte gehören zu den Formen, die dialogisch funktionieren (wie Interviews), nur rund 6 Prozent sind authentisch recherchierte Berichte und/oder erzählende Formen (wie Reportagen). Der Hang zum Tendenziösen kommt auch in der Neigung zum Ausdruck, selbst in der Berichterstattung wertend und moralisierend zu formulieren: Weit mehr als ein Drittel der Berichte der Leitmedien sind mit wertenden oder meinungsmachenden Attributen durchsetzt (vgl. Punkt 6).

Fast jeder fünfte Text in den drei untersuchten Leitmedien gehört zu den Kommentarformen – ein ungewöhnlich hoher Anteil, der für die ausgeprägte Meinungsfreude der drei Redaktionen steht. Bei sieben von zehn relevanten Positionen ist der virtuelle Adressat der Kommentare nicht der Leser, sondern die Politik. Die Argumente erörtern meist die von Politikern aufgeworfenen Vorschläge in operativer Hinsicht. Bis zum Spätherbst 2015 greift kaum ein Kommentar die Sor-



gen, Ängste und auch Widerstände eines wachsenden Teils der Bevölkerung auf. Wenn doch, dann in beherrschendem oder (gegenüber ostdeutschen Regionen) auch verächtlichem Ton. Kaum ein Kommentar während der sogenannten Hochphase (August und September) versuchte eine Differenzierung zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten, kritisch Argumentierenden und sich aus den Diskursen ausgegrenzt fühlenden Bürgern.

3. Sprachrohre der institutionellen Politik:

Die Analyse, wer in den berichtenden Texten zur Sprache kommt, ergab, dass in der Kategorie der relevanten Akteure und Sprecher zwei von drei Nennungen zur institutionellen Politik zählen. Mit knapp 9 Prozent weit abgeschlagen, gleichwohl zweitgrößte Gruppe, sind Vertreter der Judikative (PolizistInnen, Strafverfolger, Gerichte, Anwälte), also jene, die sich von Berufswegen mit Rechtsverstößen befassen. Die eigentlichen Hauptakteure – die Helfergruppen, Einrichtungen, freien Träger und Initianten, die sich freiwillig um Flüchtlinge kümmern – stellen nur rund 3,5 Prozent aller relevanten Personen, die in den redaktionellen Beiträgen genannt werden. Fachleute und Experten, die über akute Problemfelder (wie Migrationsrechtsfragen, und soziokulturelle Unterschiede, Ehe- und Familienrecht in islamischen Gesellschaften wie auch über den Umgang mit Fremdenhass) Auskunft geben könnten, kommen praktisch nicht vor (1:100). Die Hauptbetroffenen (Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten) bewegen sich bei 4 Prozent (eine Nennung auf 25 andere).

4. Symbiose mit der Regierungslinie:

Die Zweidrittelmehrheit der Akteure in den Berichten, die der institutionellen Politik zuzurechnen ist, setzt sich so zusammen: Knapp 43 Prozent sprechen für die Bundesebene (Regierung, Ministerien, Parteien, Parlament); jeder Fünfte vertritt eine ausländische politische Institution (inkl. EU-Gremien in Brüssel). Nur jeder Vierte zählt zu der für den Vollzug zuständigen Bundesländerebene. Von den Akteuren, die einer Partei zugehören (ein Drittel aller relevanten Personen), vertreten mehr als vier Fünftel eine der drei Regierungsparteien. Sprecher der im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien kommen nur jedes zehnte Mal zu Wort. Die in zahlreichen Bundesländer- und Kreisparlamenten vertretene AfD kommt in dieser Kategorie praktisch nicht vor (0,1 Prozent). Auch bei Kontroversen gehört der weit überwiegende Teil (rund 70 Prozent) der Konfliktpartner zur institutionellen Politik, davon sprechen vier Fünftel (81 Prozent) im Namen einer der Regierungsparteien.

5. Dominanz der politischen Elite:

Die Zusammensetzung des in den nachrichtlichen Berichten auftretenden Personals unterstreicht die ausgeprägte Dominanz der politischen Elite. Vermittels der Medien bestimmt sie die Themensetzungen und -inhalte und prägt damit die Agenda des öffentlichen Diskurses. Umgekehrt gesagt: Die Berichterstattung in den drei Leitmedien ist zu großen Teilen auf die (partei-)politische Arena der Koalitionspartner fixiert. Diejenigen, die sich in den Behörden und Einrichtungen um die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben und Probleme des Vollzugsalltags kümmern, erscheinen aus der medial vermittelten Sicht der politischen Elite als kaum relevant.

6. Parteilergreifende Sicht:

Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch „von oben herab“. Zudem schreiben die Korrespondenten nicht selten in einer Diktion, die persönliche Nähe, auch Vertrautheit zur politischen Elite suggeriert – und die beim Leser den Eindruck erzeugt, die Journalisten seien weniger am Thema selbst als an den über das Thema transportierten Querelen interessiert. Diese Befunde überraschen, erstens, weil das hier untersuchte Megathema, aus dem die sogenannte Flüchtlingskrise hervorging, die Einstellung der Bürger zu den Grundwerten betrifft und moralisch stark überformt ist, und zweitens, weil in vielen Regionen auch bürgerliche Teile der Bevölkerung von Skepsis, viele auch von Fremdenangst besetzt sind, die publizistisch in den Blick zu nehmen wäre.

7. Hochgejubelte Willkommenskultur:

Die im Sommer 2015 (und seither) von Zehnttausenden von Bürgern gezeigte Aufnahmebereitschaft wurde von den Medien überwiegend mit dem „deutschen Wunder Willkommenskultur“ („Die Zeit“) erklärt, überstrapaziert und schlussendlich zu einer Art Zauberwort verklärt. Fernsehnachrichten und Regionalzeitungen haben diese für viele Bürger im Grunde selbstverständliche Hilfsbereitschaft als Event inszeniert und wie eine Selbstdarstellung der Bürgergesellschaft ins Bild gebracht – praktisch unter Ausschluss der Betroffenen: den Migranten und Geflüchteten.

Die Rekonstruktion der Themenkarriere „Willkommenskultur“ zeigt, dass dieses Narrativ etwa zehn Jahre zuvor von den Industrie- und Arbeitgeberverbänden in den politischen Diskurs eingebracht wurde, im Bemühen, die Verweildauer ausländischer Fachkräfte in Deutschland zu verlängern. Seit 2011 übernahmen die Parteien dieses marktpolitische Anliegen und implementierten es in ihre Parteiprogramme. Ab 2014 wurde das Narrativ einerseits zur Verbesserung des Arbeitsklimas für ausländische Fachkräfte, andererseits zur Mobilisierung der Hilfsbereitschaft Einheimischer propagiert. Diese „top down“ vermittelte Kampagne bewirkte, dass die von den Bürgern freiwillig zu erbringenden Samariterdienste moralisch eingefordert werden konnten, um die überforderten Sozialbehörden zu entlasten.

8. Ausgrenzende Kampagne:

Der von den Zeitungen mit ihrer Berichterstattung erzeugte „Frame“ des komplexen Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur spiegelt einen hohen Gleichklang zwischen den Wirtschaftsinteressen, den Zielen der Politik und den Medienausagen wider. Diese Konsonanz prägte im Sommer 2015 die öffentliche Meinung so stark, dass in den Leitmedien abweichende Positionen kaum noch gehört wurden. Auch in den Lokal- und Regionalzeitungen kamen Bedenkenträger oder Skeptiker praktisch nicht mehr zu Wort; wer diese Kampagne gleichwohl kritisierte, sah sich von vielen Kommentatoren als fremdenfeindlich etikettiert und insofern vom Mainstream ausgegrenzt.

9. Regionalpresse fern der Bürger:

Die Besonderheit der Regionalpresse, dass sie in ihren Lokalteilen die Nah- und Alltagswelt der Menschen durchleuchten und Vorgänge wie auch Probleme quasi hautnah recherchieren kann, wurde bis zur Silvesternacht 2015/16 nicht genutzt. Die vergleichsweise wenigen Texte, die Probleme oder Konflikte thematisierten, sind überwiegend Veranstaltungsberichte und insofern keine journalistischen Eigenleistungen. Nur in seltenen Ausnahmefällen wurden behördliche Fehlleistungen und Missmanagement bei der Unterbringung der Migranten untersucht oder Fachwissen eingeholt und ausgewertet. Bis Ende des Jahres 2015 wurde die Medienfunktion, die wir mit „diskursivem Journalismus“ bezeichnen, nicht erfüllt.

10. Ernüchterung und Umschlag:

Auf die mit „Silvesternacht 2015/16“ etikettierten Ereignisse folgte ein veränderter – man könnte auch sagen: differenzierterer – Umgang mit dem Megathema „Flüchtlinge in Deutschland“. Im 1. Quartal 2016 wurde die Tonalität der Zeitungsberichte harscher, in Bezug auf die behördliche Praxis der Flüchtlingspolitik deutlich skeptischer. Die Sorgen und Ängste vieler Menschen wurden nun überdeutlich thematisiert. Im Januar 2016 finden sich auch viele Zeitungstexte, die – entgegen journalistischer Sorgfaltspflichten – in ihren Berichten junge Migranten und Asylsuchende per se unter Täterverdacht stellen. So entsteht der Eindruck, als wollten viele Journalisten überflüssig nachholen, was sie in den Monaten zuvor ausgeblendet hatten.

Über die Wirkung dieser Medienberichterstattung lässt sich vieles sagen. Ich beschränke mich hier auf diesen Hinweis: Im Herbst 2015 untersuchte das Demoskopische Institut Allensbach die Einstellung der Bevölkerung zu den Informationsmedien. Auf die Frage, ob die Medien ein zutreffendes Bild der „Flüchtlinge“ zeichnen, antworteten 53 Prozent mit Nein. Fast jeder Zweite nannte die Berichterstattung einseitig.

Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung glaubt seither, der Journalismus werde gezwungen, systemkonform und insofern manipulierend zu berichten. Ende 2016 zeigten sich viele Befragte davon überzeugt, die Regierung würde festlegen, worüber die sogenannten Mainstreammedien berichten und worüber nicht. Dies bedeutet: Große Teile der Bevölkerung haben seit der Flüchtlingsberichterstattung eine beängstigend irrealen Vorstellung, wie es um den Informationsjournalismus in unserer Demokratie bestellt ist. Dementsprechend ist der Teil der Erwachsenenbevölkerung angewachsen, der sich dem öffentlichen Diskurs verweigert und nach Gleichgesinnten in den Filterblasen und Echo-kammern sucht – und findet.

Bei diesem Text handelt es sich um eine Kurzfassung des Vortrags von Prof. Dr. Haller vom 10. November 2017. Die Studie, auf deren Ergebnisse sich Prof. Haller bezieht, ist auf der Homepage der Otto-Brenner-Stiftung zu finden unter

 <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/>

Miriam Junker-Ojo, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Klaudia Lehmann, Prognos AG
Florian Stenzel, Netzwerk Berliner Kinderpatenschaften e.V.
Hamza Wördemann, Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.



PODIEN

Willkommen – Ankommen – Weiterkommen: Wo stehen wir heute?

Statements aus den moderierten Interviews

BBE: Herr Bergmann, für den Caritas-Verband hat die Zusammenarbeit mit Engagierten in der Arbeit mit geflüchteten Menschen seit langem eine große Bedeutung. Mit Blick auf die jüngeren Entwicklungen in der verbandlichen Praxis und bei KoordinatorInnen auf lokaler Ebene, mit welcher neuen Frage sehen sich aktuell die Beteiligten am Patenschaftsprogramm konfrontiert? Und was würden Sie uns gerne aus der Perspektive der Kirche und der kirchlichen Organisationen mit auf den Weg geben?

MICHAEL BERGMANN: 1983 sammelte ich erste Erfahrungen im Bereich der Aufnahme von Asylsuchenden und Kontingentgeflüchteten und muss feststellen, dass die Fragen die gleichen geblieben sind, die Herausforderungen sich jedoch gewandelt haben. Schon damals haben wir über ein Einwanderungsgesetz diskutiert und bereits viele Engagierte gehabt. Der Unterschied ist das gesellschaftliche Klima, in dem das Engagement stattfindet. Heute können wir getrost sagen: Das Engagement in der Flüchtlingskrise ist eine gesellschaftliche Bewegung. Daher müssen wir uns fragen, wo das Programm „Menschen stärken Menschen“ in dieser Bewegung zu verorten ist, wenn das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verkündet, nur noch neue PatInnenschaften zu finanzieren, PatInnenschaften aus 2016 hingegen aus der Förderung zu nehmen. Das ist aus der Sicht der Kirchen und der Verbände ein falsches Signal. Ist das Programm „Menschen stärken Menschen“ also ein Integrations- und Begleitungsprogramm und damit langfristig gedacht, oder nur ein Programm zur Erst- und Nothilfe? Daher wünschen wir uns auch eine differenziertere Betrachtung der PatInnenschaften von Seiten des Familienministeriums. Manch eine Patenschaft ist nach sechs Monaten erfolgreich beendet, andere wiederum benötigen mehr Zeit.

BBE: Frau Junker-Ojo, Sie begleiten für das BMFSFJ und damit aus der Perspektive des Initiators und Förderers das Programm „Menschen stärken Menschen“ nunmehr seit über zwei Jahren. Wenn Sie die bisherigen Entwicklungsprozesse im Rahmen des Programms betrachten, zu welchem Zwischenfazit kommen Sie und inwiefern stellen sich neue Fragen und Herausforderungen in diesem Themenfeld auch für Ihr Haus?

MIRIAM JUNKER-OJO: Das Programm umfasst derzeit 23 Programmträger, knapp 600 Einrichtungen vor Ort und über 40.000 PatInnenschaften seit Programmbeginn. All diese PatInnenschaften mussten zunächst einmal gestiftet und anschließend koordiniert und begleitet werden. Darüber hinaus wurden Strukturen und Netzwerke zwischen den Programmträgern, aber auch Netzwerke ganz konkret auf lokaler Ebene aufgebaut. Das ist eine gute Basis, um bestehende Herausforderungen anzugehen. Das Zwischenfazit fällt daher sehr positiv aus. Zu der von Herrn Bergmann aufgeworfenen Frage der Weiterförderung von PatInnenschaften aus 2016 auch im Jahr 2018: Die Konsequenz des gleichbleibenden Programmetats ist, dass für die Förderung jeder weitergeführten Patenschaft die Mittel für die Förderung einer neuen Patenschaft fehlen. Hier muss eine vertretbare Balance gefun-

den werden. Deswegen bleibt es bei der im letzten Jahr getroffenen Regelung, dass eine bereits geförderte Patenschaft noch ein zweites Mal gefördert werden kann: Eine in 2017 gestiftete Patenschaft kann somit – bei Vorliegen der Voraussetzungen – in 2018 noch ein weiteres Mal gefördert werden. Eine Patenschaft aus 2016 kann dagegen in 2018 nicht noch ein drittes Mal gefördert werden, weil das im Rahmen der begrenzten Mittel zu stark zu Lasten der neuen PatInnenschaften ginge. „Menschen stärken Menschen“ ist ein Programm, in dem der Raum zur Gestaltung für eine beeindruckende Vielzahl unterschiedlichster Patenschaftsansätze geführt hat. Dafür ein großes Danke an die Programmträger, die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren vor Ort, vor allem aber an die vielen Freiwilligen. Für die Zukunft gibt es Überlegungen, dieses gut funktionierende Programm auf andere Zielgruppen zu erweitern; das sind aber bislang nur Überlegungen.



BBE: Herr Halling, Ziel eines gemeinsamen Projekts von Seiten der Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros ist es, einen Prozess des kollegialen Lernens der engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen im Feld „PatInnenschaften und Flüchtlingshilfe“ zu organisieren. Was bedeutet für Sie die Nachricht des BMFSFJ, nur noch neue PatInnenschaften zu fördern? Welche Aspekte sind Ihnen dabei besonders wichtig?

AXEL HALLING: Die Konsequenzen einer Nicht-Förderung bestehender PatInnenenschaften aus 2016 werden vor allem viele der Menschen vor Ort, die die Koordinierungsaufgaben übernehmen, spüren: Die Nachhaltigkeit, die stets gepredigt wird, wird nicht praktiziert. Das Argument des Ministeriums ist in Teilen sicherlich nachvollziehbar, an einigen der Schlüsselpositionen vor Ort ist diese Entscheidung jedoch kontraproduktiv. Kritisch ist auch die kurze Vorlaufzeit, mit der die Entscheidung verkündet wurde. Wir als Vermittlungsorganisation brauchen eine gewisse Umschaltzeit, um mit den Menschen auf lokaler Ebene zu sprechen und zu erörtern, ob sie auch unter den geänderten Rahmenbedingungen bereit sind, weiter zu machen. Es ist zugegebenermaßen müßig immer wieder mehr Geld zu fordern. Aber wir haben Bürgerstiftungen, die nicht am Programm teilnehmen möchten, weil sie zu wenig finanzielle Unterstützung erhalten. Darüber hinaus wünsche ich mir jedoch ein besseres Verständnis der Bundes- und Lokalpolitik über die Konsequenzen ihrer Entscheidungen für die Beteiligten vor Ort. Es werden aus behördlichen und verwaltungstechnischen Gründen Entscheidungen getroffen, ohne die Auswirkungen auf die Betroffenen und Beteiligten mit in Betracht zu ziehen. Das kann an einigen Standorten fatale Folgen für Geflüchtete, für Engagierte, für KoordinatorInnen und für die Nachhaltigkeit dieser Projekte nach sich ziehen.

BBE: Frau Lehmann, Sie haben im Zuge Ihres Projektes bei der Prognos AG die Wirkung des Programms evaluiert und sie mit Blick auf die Erreichung seiner stra-

tegischen Ziele bewertet. Wie steht das Programm da, wenn wir uns insbesondere auf Fragen der Weiterentwicklung im letzten Jahr beziehen: Ist das Ziel erreicht, die zu Beginn beobachtete spontane Hilfsbereitschaft in stabilere Formen und Strukturen des Engagements zu überführen? Auf der Grundlage Ihrer Ergebnisse: Was könnte die Wirksamkeit des Programms in Zukunft weiter steigern?

KLAUDIA LEHMANN: Im Rahmen unserer Studie haben wir Anfang 2017 PatInnen nach ihrem Engagement befragt. Rund die Hälfte gab an, vor der Patenschaft entweder gar nicht oder nur unregelmäßig engagiert gewesen zu sein. Insgesamt konnten sich viele dieser Engagierten vorstellen, sich weiterhin regelmäßig zu engagieren. Diese Bereitschaft ist eine Grundvoraussetzung, um Engagement zu stabilisieren, bedarf jedoch Strukturen und Organisationen auf der lokalen Ebene. So haben viele PatInnen angegeben, dass ihnen für ihr Engagement Begleit- und Qualifizierungsstrukturen sowie Unterstützungsangebote von Seiten der lokalen Organisationen wichtig seien. Aus unserer Perspektive hängt die Wirksamkeit des Programms zum einen von der Kontinuität und Verstetigung auf Ebene der Programmförderung ab, um Planungssicherheit insbesondere für die vor Ort tätigen Organisationen zu gewährleisten. Zum anderen ist auf Ebene der Programmträger und lokalen Organisationen eine Flexibilität und Weiterentwicklung des Programms wünschenswert, beispielsweise durch die Berücksichtigung von sich verändernden Unterstützungsbedarfen oder auch der Öffnung des Programms für Unternehmen.

BBE: Herr Wördemann, Sie sind mit dem Zentralrat der Muslime in Deutschland von Beginn an als Mitträger am Programm beteiligt. Mit ihrem bundesweiten Programm wirsindpaten.de sollen als PatInnen insbesondere Menschen mit eigenen Integrationserfahrungen gewonnen werden. Wie hat sich Ihr Vorhaben entwickelt und welche Fragen beschäftigen Sie aktuell?

HAMZA WÖRDEMANN: Bei vielen Menschen mit internationalen Wurzeln aus dem arabischstämmigen Raum gilt es zu bedenken, dass sie aus Ländern kommen, wo Engagement und soziale Arbeit anders organisiert sind als hier in Deutschland. Durch das Programm „Menschen stärken Menschen“ ist es uns als MigrantInnenorganisation gelungen, viele Menschen mit Migrationshintergrund an solche Strukturen heranzuführen. Die dezentrale Struktur des Programms war dabei für uns besonders hilfreich. So konnten sich PatInnenschaften entwickeln, an die wir als Programmträger gar nicht gedacht hatten, wie zum Beispiel PatInnenschaften für geflüchtete Gehörlose. Für uns als MigrantInnenorganisation bleibt die Vernetzung in Anbetracht knapper Ressourcen wichtig. So haben wir mit der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland eine gemeinsame Mitarbeiterschulung durchgeführt und konnten mit wenigen Ressourcen effektiv arbeiten. Zentral bleiben jedoch für uns die Tandems: Sie liefern uns als Infrastruktur Ideen und Inhalte.

BBE: Frau Ferhad, „Integration“ ist der Schlüsselfaktor des Programms „Menschen stärken Menschen“. Im Fachdiskurs wird Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bezeichnet. Für Sie als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverband Nemo e. V., wie sehen gute gemeinsame Prozesse einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit für die Unterstützung von geflüchteten Menschen aus und was würden Sie sich für die Zukunft wünschen?



BRESCHKAI FERHAD: Aus unserer Erfahrung heraus können viele MigrantInnen sehr wohl etwas mit Engagement und ehrenamtlicher Arbeit in Deutschland anfangen. Wenn es um das Thema Integration geht, sprechen wir beim Bundesverband lieber von Gesellschaftspolitik für alle BürgerInnen. Wir stellen damit nicht die Notwendigkeit gezielter Integrationsmaßnahmen für Neuankömmlinge in Frage. Eher geht es uns darum, sogenannte Integrationsprojekte in einem größeren Kontext als gesellschaftspolitische Maßnahme zu denken, die alle Menschen einbezieht und sich nicht nur auf jene mit einwanderungsgeschichtlichem Hintergrund beschränkt. Insgesamt sind wir hier aber auf einem guten Weg, würden uns aber als Bundesverband dreierlei besonders wünschen: Erstens, eine frühere Einbindung von MigrantInnenorganisation. MigrantInnenorganisationen sollten bereits bei der Projektkonzipierung mit am Tisch sitzen und nicht erst bei der Durchführung hinzugezogen werden. Zweitens, eine Stärkung von MigrantInnenorganisationen auf kommunaler Ebene. Auf Bundesebene passiert hier durch die Förderung einiger weniger Dachverbände manches, allerdings muss auch diese verstetigt werden. Auf lokaler Ebene ist es in den vergangenen Jah-

ren teilweise versäumt worden und wir beobachten hier eine Stagnation bei der Entwicklung von MigrantInnenorganisationen gegenüber anderen Organisationen. Drittens, eine besserkoordinierte Prozessgestaltung sowie Projektabsprache zwischen den einzelnen Ministerien und Bundesressorts.

BBE: Frau Huth, Sie haben im vergangenen Jahr im Auftrag des BBE für das Programm „Menschen stärken Menschen“ eine Expertise erarbeitet, auch mit den Stichworten „Willkommen, Ankommen, Weiterkommen“. Was hat sich seither getan? Wo stehen wir aktuell? An welchen Stellschrauben würden Sie gerne für die Zukunft drehen?

SUSANNE HUTH: Die Entwicklungen seit 2015 lassen sich in drei Phasen einteilen. Im Sommer 2015 war angesichts der vielen Menschen, die nach Deutschland kamen, die Frage des Willkommenheißen besonders wichtig. Die PatInnen mussten in erster Linie Nothilfe und Erstversorgung leisten. Ab 2016 rückten dann Fragen des Ankommens in den Fokus, also Fragen danach, wie Geflüchtete in Deutschland begleitet werden können und sollen, damit sie sich hier zurechtfinden. Wichtig war dabei die Frage, wie das große, vielfältige und spontane Engagement koordiniert und unterstützt werden konnte. Danach hat ein Perspektivenwechsel stattgefunden: Es geht aktuell verstärkt ums Weiterkommen, also um Fragen gesellschaft-

licher Teilhabe, Integration und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Bildung und Arbeitsmarktintegration immer mehr in den Fokus der PatInnenschaften gerückt, ebenso die Förderung von Engagement geflüchteter Menschen und die Verstetigung von Strukturen besonders bei den MigrantInnenorganisationen. Aber hier tut sich, wie Frau Ferhad bereits angedeutet hat, einiges, wie beispielsweise mit der Gründung des Bundeselternnetzwerks der MigrantInnenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt). Woran wir noch arbeiten müssen, ist die Fortbildung von VerwaltungsmitarbeiterInnen in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Es bedarf einer professionelleren Haltung der Hauptamtlichen in Behörden und Verwaltungen gegenüber Ehrenamtlichen.

BBE: Herr Amoruso-Stenzel, im Verlauf des letzten Programmjahres von „Menschen stärken Menschen“ zeigt sich, dass die Mobilisierung von Engagierten für PatInnenschaften zunehmend schwieriger wird. An welcher Stelle sollten alle Beteiligten am Programm Ihrer Erfahrung nach im Netzwerk Berliner KinderPatInnenschaften e. V. besonders dringend ansetzen, um weiterhin Engagierte zu gewinnen?

FLORIAN AMORUSO-STENZEL: Wir dürfen bei dieser Frage nach Neugewinnung von Engagierten nicht vergessen: 2015 und 2016 war in jeglicher Hinsicht ein Ausnahmejahr. In den Medien und in der Politik wurde wiederholt auf die Notsituation aufmerksam gemacht. Das hieß für uns weniger Investition in die Öffentlichkeitsarbeit und trotzdem viele Engagierte. Was wir nun erleben ist eine Normalisierung der Verhältnisse. Wir müssen wieder anfangen Werbung zu machen, vor allem durch Mund-zu-Mund Propaganda. Die Programmträger sollten daher besonders in die KoordinatorInnen investieren, damit diese mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten können. Zudem ist eine Investition in die eigenen KoordinatorInnen auch immer eine Investition ins Wissens- und Anerkennungsmanagement. Es gibt meinem Eindruck nach zu wenige KoordinatorInnen im Programm. Grundsätzlich bin ich jedoch sehr froh, dass das Programm „Menschen stärken Menschen“ PatInnenschaften neu entdeckt hat. Sie mögen nicht die Universalmethode sein, Studien belegen jedoch, dass sie die „emotionale Integration“ besonders fördern.



BBE: Herr Baic, derzeit liegt ein großer Schwerpunkt auf Debatten über Zugänge zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen und über das Engagement von Unternehmen. Sie haben im März 2017 interessante Ergebnisse einer Studie der Boston Consulting Group vorgelegt. Bitte geben Sie uns einen kurzen Einblick in die Studie und ein, zwei zentrale Ergebnisse: Welche Erfahrungen haben Unternehmen mit der Integration geflüchteter Menschen gemacht? Wo sehen Sie Chancen und Möglichkeiten, inwiefern Stolpersteine oder Herausforderungen?

ALEXANDER BAIC: Unsere Studie untersuchte, wie gut das Ankommen Geflüchteter in Unternehmen funktioniert. Dafür wurden 300 Unternehmen befragt, die in der Summe 2.500 Geflüchtete in Praktika, Ausbildung und Festanstellung beschäftigt haben. Außerdem sind in die Studie Erfahrungen aus unserer Initiative bei den JOBLINGEN, die seit Anfang des Jahres auch mit knapp 500 Geflüchteten arbeiten, eingeflossen. Die Studie zeigt, dass Arbeitsmarktintegration in sehr unterschiedlichen Unternehmen und Industriebereichen funktioniert. Hervorzuheben ist zudem, dass Unternehmen ein positives Fazit in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten ziehen. Die wichtigste Botschaft ist, dass viele Unternehmen ihr Engagement auch in Zukunft fortsetzen und zum Teil sogar ausbauen wollen. Es hat sich gezeigt, dass Netzwerke von immenser Bedeutung sind. Die Kontaktaufnahme zu Geflüchteten erfolgt insbesondere über Ansprache durch Ehrenamtliche (45% – Mehrfachnennung möglich) sowie Hilfsorganisationen/private Initiativen (44% – Mehrfachnennung möglich). Dieses Ergebnis betont auch die Rolle von PatInnenschaften. Eine große Herausforderung bleibt weiterhin Sprache, allerdings mit sich ändernden Bedarfen auf Seiten der Unternehmen. Viele Unternehmen fragen vor allem nach berufsspezifischer Sprache. Solch eine Sprachförderung wäre auch der nächste logische Schritt neben der Vermittlung von Basiskennnissen. Unternehmen nennen auch komplizierte Vorschriften und hohe Unsicherheit über die rechtlichen Rahmenbedingungen als Hürde. Dies liegt vor allem auch an den bestehenden Ausnahmeregelungen. Was wir darüber hinaus auf jeden Fall brauchen, ist eine systematische Erfassung der nicht-formalen Qualifikationen der Geflüchteten und ihrer Interessen sowie die Zertifizierung bestehender formaler Qualifikationen. Und natürlich die Ehrenamtlichen sowie KoordinatorInnen, die den Geflüchteten zeigen, wie der deutsche Arbeitsmarkt aussieht.

Zukunft gestalten. Verstetigung vorantreiben. Nachhaltigkeit fördern.

Zusammenfassung der abschließenden Podiumsdiskussion

Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion galt es, die Zukunft des Programms sektorenübergreifend in den Blick zu nehmen. Zentrale Themen waren die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Programms, Nachhaltigkeit und Verstetigung von Strukturen und Engagement sowie Fragen zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Auf dem Podium beteiligten sich Martin Gerlach, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., Ute Kumpf, ehem. MdB und Landesvorsitzende des AWO Landesverband Berlin e.V., Victor Ostrovsky, Vorstand Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V., Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. und Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrats, Dr. Christoph Steegmanns, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Alisa Wieland, ROCK YOUR LIFE! sowie Christoph Zeckra, Generali Deutschland AG.

Im Fokus einer ersten Diskussionsrunde stand der Bedeutungszuwachs des bürgerschaftlichen Engagements, der auch durch die Rolle und Prominenz des Programms „Menschen stärken Menschen“ deutlich würde und sich in der engen Kooperation des Ministeriums als Förderer und den 23 Programmträgern zeige. Sowohl auf der Bundesebene als auch vor Ort seien zunehmend Kooperationen mit MigrantInnenorganisationen (MOs) geschlossen worden. Die Beteiligung der MOs trage sowohl zur Vielfalt der Regelstrukturen des Sozialstaates als auch zur offiziellen Anerkennung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund bei. Die Bundesebene sende damit ein wichtiges Signal.



„Ich finde das Programm wirklich wegweisend. Für MigrantInnenorganisationen gab es eine Stabilisierung. Indem sich das Programm für MigrantInnenorganisationen geöffnet hat, hat es eine neue Diversität geschaffen. Aber wir müssen es schaffen, MigrantInnenorganisationen zu Regelstrukturen und einem Teil unseres Sozialstaates auszubauen.“

Thomas Röbbke, BBE-SprecherInnenratsvorsitzender

In Anbetracht der Erfolge von „Menschen stärken Menschen“ gelte es, so die DiskutantInnen, das Programm weiterzuentwickeln. Eine Möglichkeit wäre, das Programm auf zusätzliche Zielgruppen auszuweiten. Exklusion betreffe nicht ausschließlich Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund. Durch eine Erweiterung des Programms könnten Neiddebatten entgegen gewirkt werden. Eine Erweiterung in Richtung bildungsferner Gruppen wurde auf dem Podium diskutiert und grundsätzlich befürwortet.

Nachhaltigkeit und Verstetigung von Strukturen und Engagement

Fragen der Nachhaltigkeit und Verstetigung von Strukturen wurden im Jahr 2017 weiterhin intensiv thematisiert. Die PodiumsteilnehmerInnen begrüßten die Fortführung des Programms im Jahr 2018 und hoben die Wertschätzung hervor, die das Programm in der Politik genieße. Die jährliche Förderlogik stelle für die Programmträger gleichwohl eine große Herausforderung dar. Ohne Planungssicherheit sei es schwierig, Hauptamtliche an den Schnittstellen zu halten. Kontinuität im Kompetenztransfer und Engagement sei so kaum zu realisieren.

„Eine Weiterführung des Programms mit dem herkunftsunabhängigen Fokus auf Bildungsbenachteiligung wäre sehr zu begrüßen. Auf diese Weise würde man deutlich machen, dass es sich um Maßnahmen für die ganze Gesellschaft handelt, nicht um Sondermaßnahmen für einzelne Communities. Viel zu selten werden im Themenfeld ‚Integration‘ die Regelsysteme in den Blick genommen. So lange die Probleme im Bildungssystem ethnisiert werden, kann es nicht zur Entwicklung von zukunftsfähigen Konzepten kommen.“

Martin Gerlach, Bundesgeschäftsführer Türkische Gemeinde in Deutschland

Diskutiert wurde auf dem Podium zudem die Bedeutung medialer Aufmerksamkeit für die Verstetigung und Neugewinnung von Engagierten. Beobachtet würde in manchen Regionen ein rückläufiges Interesse sich zu engagieren. Während ein Teil der Diskutanten den Rückgang an interessierten Engagierten mit nachlassendem Interesse der Medien am Themenkomplex Flucht, Engagement und Integration in Verbindung brachte, betrachtete der andere Teil der Teilnehmenden die rückläufige Tendenz als Normalisierung der Verhältnisse. Einig waren sich die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion darin, dass Programmträger vermehrt in ihre Öffentlichkeitsarbeit investieren müssten. Hier sollte an gemeinsamen Perspektiven gearbeitet werden.

„Rückblickend ist die Entwicklung des Programms ‚Menschen stärken Menschen‘ eine Erfolgsgeschichte. Das sehen nicht nur wir als Förderer so. Wir bekommen die Bestätigung auch von politischer Seite und hier auch von Seiten verschiedener Fraktionen. Dementsprechend besteht auf Seiten der Politik kein Interesse daran, Aufgebautes zu zerstören. Daran lässt sich anschließen und an einer Weiterführung des Programms arbeiten.“

Dr. Christoph Steegmanns, BMFSFJ

Welche Konsequenzen die Wahlergebnisse für Fragen der Verstetigung und Nachhaltigkeit haben werden, sei noch nicht abzuschätzen. Bereits abzusehen sei jedoch, dass der Diskurs über Flucht, Engagement und Integration härter geführt werde. Engagementpolitik müsse daher losgelöst von Legislaturperioden und Tagespolitik gedacht werden.

Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen

Die große Herausforderung der kommenden Jahre wird der Diskussion zu Folge in der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter liegen. Stolpersteine seien vor allem die Fokussierung deutscher Arbeitsagenturen und Jobcenter auf formale Qualifikationen und zugleich die Ablehnung formaler Qualifikationen aus Fluchtregionen. Laut aktuellen Studien haben lediglich knapp 10% der 600.000 Geflüchteten mit B1-Abschluss den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden.

Die Diskutanten plädierten für einen Perspektivenwechsel weg vom defizit- hin zum ressourcenorientierten Blick auf Geflüchtete. Talente und Potentiale der Geflüchteten sollten in den Fokus rücken anstatt fehlender formaler Qualifikationen. Solch eine Perspektive würde die Möglichkeit eröffnen, Geflüchtete beispielsweise in die Selbstständigkeit zu bringen. Dabei sollten stets die Ressourcen der PatInnen berücksichtigt werden. Sie seien in ihren Strukturen sehr gut vernetzt und könnten in ihrer Funktion als VermittlerInnen weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

„Obwohl es gute Beispiele für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten gibt, ist das bisherige Ergebnis ernüchternd. Wir brauchen keine abstrakten Diskussionen – wir müssen von der Vernetzung zur Kooperation kommen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Förderung von Geflüchteten bei Unternehmensgründungen durch das ‚Human Safety Net‘.“

Christoph Zeckra, Generali Deutschland AG



A photograph of two women sitting and talking, overlaid with a blue tint. The woman on the left has curly hair and wears glasses. The woman on the right has long dark hair. They are both looking towards the right. The background is blurred, showing other people in a room.

DIALOGFOREN

Die Dialogforen – Gebündelte Expertise in sechs thematischen Feldern

Im Zentrum der Arbeit des Kongresses standen sechs Dialogforen. In den Dialogforen arbeiteten ExpertInnen zu aktuellen Fragestellungen zusammen. Angeregt von kurzen Impulsen, in denen Vortragende Ansätze und Modelle der Wissenschaft und Praxis sowie gute Beispiele einbrachten, wurden in Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden in jeweils drei Sessions über die beiden Kongresstage hinweg konzentriert Erfahrungen ausgetauscht und an aktuellen Fragestellungen zusammen gearbeitet. Für jeden thematischen Schwerpunkt wurden Bedarfe identifiziert, Herausforderungen herausgearbeitet und Empfehlungen formuliert. Die ModeratorInnen übernahmen die wichtige Rolle, durch die Debatten zu führen und Verantwortung für die Bündelung der vielfältigen Ergebnisse zu übernehmen. Diese werden in den AutorInnenbeiträgen auf den folgenden Seiten dokumentiert.

Die folgenden übergeordneten Leitfragen wurden in jedem Dialogforum bearbeitet:

- » **„Wo liegen Chancen, Bedarfe und Herausforderungen?“**: Auf der Grundlage der Erfahrungen der beteiligten ExpertInnen wurde erörtert, wie die aktuelle Situation hinsichtlich der jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzung zu bewerten ist.
- » **„Was läuft gut?“**: Positive Befunde und Ergebnisse wurden festgehalten.
- » **„Was könnte verbessert werden?“**: Stolpersteine wurden diskutiert und verschriftlicht.
- » **„Empfehlungen“**: Für jedes Themenfeld wurden Empfehlungen erarbeitet und im Plenum präsentiert, die sich an Träger, Partner und Förderer richten.

Die Themen, die in den Dialogforen bearbeiteten wurden, bauten auf der Auswertung der Ergebnisse des 1. Fachkongresses im September 2016 auf. Ermittelt wurde, welche Entwicklungen innerhalb eines Jahres vollzogen wurden. Gemeinsam mit den Trägern des Programms „Menschen stärken Menschen“ wurden bei zwei Netzwerktreffen in Berlin aktuelle Fragestellungen identifiziert und anschließend durch das BBE-Projektteam ausgewertet, um weitere Fragestellungen und Aspekte erweitert und in einem Kongresskonzept fortgeschrieben.

Dem Kongressprogramm können Kurzbeschreibungen der Themenstellungen entnommen werden (Programm PatInnenkongress unter www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/bbe-veranstaltung/2017/bbe-flyer-patinnenkongress-2017.pdf).

Interessierte LeserInnen finden die Präsentationen der ImpulsgeberInnen sowie weitere Materialien auf der BBE-Projekthomepage (www.b-b-e.de/projekte/patinnen-mentorinnen-lotsinnen). Weiterführende Handlungsempfehlungen, die in den Foren formuliert wurden, werden im Kapitel „Fazit und Empfehlungen“ gebündelt präsentiert.

DIALOGFORUM I

Zugänge zu Bildung gestalten: Barrieren abbauen – Teilhabe stärken



Impuls

Dr. Mehmet Alpbe



Impuls

Wladimir Weinberg



Impuls

Katja Hintze



Impuls

Sophie von Wedel



Moderation

Melisa Bel Adasme



Moderation

Susanne Huth

Von: Melisa Bel Adasme und Susanne Huth

Im Dialogforum I beschäftigten sich die Teilnehmenden mit dem Thema PatInnenschaften im Bildungsbereich. Dabei nahmen sie die ganze Vielfalt der Bildungslandschaft in den Blick: von der frühkindlichen Bildung und der Kita über die weiterführenden Schulen bis hin zu beruflicher Orientierung und zum Übergang in Ausbildung und Studium. In diesem Kontext wurden auch außerschulische Bildung sowie Bildung von Eltern und Familien berücksichtigt.

Dr. Mehmet Alpbe und Wladimir Weinberg vom Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) eröffneten den ersten Teil des Forums mit ihrem Input „Teilhabe stärken – Eltern empowern: Zugänge und Herausforderungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im deutschen Bildungssystem“. Im Anschluss berichteten Katja Hintze und Sophie von Wedel von der Stiftung Bildung über das Projekt „SchülerPatInnenschaften“ in Kooperation mit den Kita- und Schulfördervereinen in Berlin-Brandenburg.

In der ersten Arbeits- und Diskussionsphase identifizierten die Teilnehmenden **Herausforderungen, Bedarfe sowie Chancen** von PatInnenschaften im Bildungsbereich. Zu den **Herausforderungen** zählen die Komplexität des Bildungssystems, die Schwierigkeit, Familien außerhalb von Schulen und Kitas zu erreichen sowie die hohen Erwartungen an Eltern im Erziehungs- und Bildungsbereich. Hinzu kommt eine Überforderung von Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, auch bedingt durch einen Mangel an finanziellen Ressourcen und Planungsunsicherheit. Kontrovers wurde eine separate Beschulung junger Geflüchteter diskutiert. Während einige Teilnehmende eine Separierung in Willkommensklassen problematisch fanden, standen andere einer Beschulung in Regelklassen skeptisch gegenüber. In diesem Zusammenhang wurde auch der fehlende Zugang zur Schule vieler junger Geflüchteter mit einer schlechten Bleibeperspektive bemängelt. Als allgemeine Herausforderungen wurden adäquate Rahmenbedingungen für PatInnenschaften, die Abgrenzung von haupt- und eh-

renamtlichen Aufgaben und Bereichen sowie der Umgang mit Erwartungen und Haltungen von PatInnen und Begleiteten festgestellt.

Basierend auf diesen Herausforderungen wurden folgende **Bedarfe** festgestellt: Mehrsprachige Informationen für Eltern, Übersetzungsdienste in Bildungseinrichtungen, länderbezogene Übersicht und Beratung zum Bildungssystem, Unterstützung für Eltern als Teil des Regelschulsystems, besondere Berücksichtigung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen und Sicherstellung einer nachhaltigen Begleitung, Aufklärung von pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften, Sammlung von Beispielen und Praxishilfen für Fachkräfte, Sensibilisierung für schwierige Themen wie Traumata, mehr Fachkompetenz und Fachpersonal in den Institutionen, mehr Transparenz und Kooperation zwischen den Trägern sowie In-House-Mentoring in Betrieben und Unternehmen.

Als **Chancen** von PatInnenschaften im Bildungsbereich sehen die Teilnehmenden die Interkulturelle Öffnung der Bildungsinstitutionen und einen reflektierten Umgang mit Diversität als Normalität, die Aktivierung von Ressourcen und Kompetenzen, gegenseitiges Lernen durch Kontakt, Begegnung und Offenheit sowie die Unterstützung der Regel- und Fachdienste und -systeme. Chancen bestehen zudem darin, das verbindende Element „Elternschaft und Bildungserfolge“ hervorzuheben, an gemeinsamen Themen und Interessen anzuknüpfen und so alle Eltern zu erreichen. PatInnenschaften sind ebenfalls ein gutes Instrument, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken, Selbstreflexion anzuregen, das Miteinander zu fördern und dabei MigrantInnenorganisationen und Flüchtlingsräte als Partner auf Augenhöhe einzubeziehen.

Empfehlungen

Für Förderer:

- » PatInnenschaften im Bildungsbereich über die Programmlaufzeit hinaus stärken, ein dauerhaftes Patenschaftsprogramm etablieren sowie andere Träger und Bereiche zulassen (z. B. Inklusion; die Frage nach Weiterführung der Alt-PatInnenschaften 2016/2017 wurde kontrovers diskutiert)
- » Teilaspekte des Sonderprogramms Bundesfreiwilligendienst (BFD) für/mit Geflüchteten über die Laufzeit hinaus (Ende 2018) ins BFD-Gesetz übernehmen (z. B. Teilzeit und Sprachkurse)
- » Vielfalt der Trägerlandschaft und Patenschaftsformen im Bildungsbereich (Lesecoaches, Lesepaten, Elternlotsen, Elternbegleiter, Bildungspaten, Jobpaten, Mentoring, usw.) würdigen und wertschätzen und ihre Wirkungen untersuchen, jedoch nicht nur unter Effizienzgesichtspunkten
- » Mehr Transparenz über die verschiedenen Bundesprogramme herstellen, damit es vor Ort zu einer Verschränkung der verschiedenen Angebote in den kommunalen Bildungslandschaften kommt und PatInnenschaften davon profitieren können

Für Programmträger:

- » Ehrenamt strukturell durch Hauptamt stärken
- » Spezifische Fachkompetenzen von Haupt- und

Ehrenamtlichen: Grenzbereiche aushandeln, definieren und transparent machen und mit dem Spannungsverhältnis produktiv umgehen

Für Partner und andere Akteure im Bildungsbereich:

- » Schulen adäquat mit Know-how (im Umgang mit Ehrenamtlichen, aber auch mit Traumata) sowie mit hauptamtlichem, qualifiziertem Fachpersonal ausstatten, so dass Partnerschaften hier besser wirken können
- » Stärkung und Ausbau der Kooperation von Bildungsinstitutionen mit MigrantInnenorganisationen, der kommunalen Engagementförderung, Kammern und Betrieben sowie den kommunalen BildungskordinatorInnen
- » Individuelle Förderung und Umgang mit Vielfalt als Normalität in den Bildungsinstitutionen implementieren

Für alle Akteursgruppen:

- » Transparenz und Wissensmanagement: Erfahrung, Know-how, Praxisbeispiele, Materialien usw., die im Rahmen von Patenschaftsprojekten generiert werden, transparent machen und zur Verfügung stellen; den Erfahrungsaustausch unter allen beteiligten Akteuren verbessern

DIALOGFORUM II

Öffentlichkeitsarbeit: Menschen gewinnen, Konkurrenzen vermeiden



Impuls
Katarina Peranic



Impuls
Dr. Rudolf Speth



Moderation
Rainer Hub

Von: Rainer Hub

In Dialogforum II wurden die Besonderheiten patenschaftlichen Engagements herausgearbeitet, Empfehlungen für eine erfolgreiche Ansprache neuer Engagierter formuliert und Konzepte einer Verbesserung von Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennungsformaten in den Blick genommen. Katarina Peranic, Stiftung Bürgermut, und Dr. Rudolf Speth, Maecenata Institut, brachten mit Impulsen die rund 40 heterogen zusammengesetzten TeilnehmerInnen des Dialogforums auf einen gemeinsamen Arbeitsstand. Die Moderation lag bei Rainer Hub, Diakonie Deutschland.

Katarina Peranics Impuls „Menschen gewinnen“ basierte auf den Erfahrungen der StipendiatInnen der Stiftung Bürgermut und deren Teilnahme am Patenschaften openTransfer Barcamp – eine offene Tagung mit offenen Workshops, deren Inhalte und Ablauf von den Teilnehmenden zu Beginn der Tagung selbst entwickelt und im weiteren Verlauf gestaltet werden. Am besten würden neue Engagierte durch direkte Ansprache auf eigenen Veranstaltungen erreicht und für ein Engagement gewonnen. Pressearbeit und die Vermittlung durch lokale Freiwilligenagenturen funktionieren am besten bei Senioren. SchülerInnen und Studierende erreiche man hingegen am besten über soziale Netzwerke und Messaging-Dienste. Der Spitzenreiter unter den Kommunikationskanälen sei die Mund-zu-Mund-Empfehlung, beispielsweise über Freiwillige aus bestehenden Teams oder Partner.

Rudolf Speth hielt einen Beitrag zum Thema „Geflüchtete als Engagierte“ und stellte aktuelle Ergebnisse des Forschungsprojekts „Engagiert in neuer Umgebung“ vor, das die Ressourcen, die Selbstwirksamkeit und das Engagement von Geflüchteten untersuchte. In Kommunen in verschiedenen Regionen Deutschlands wurden Interviews geführt, um zu erheben, in welchen Kontexten sich Geflüchtete engagieren, warum sie dies tun und was förderliche Bedingungen sind,

mit denen die Handlungsfähigkeit von Geflüchteten verbessert werden kann. Kulturelle Bezüge und religiöse Identitäten zeigen sich dabei als höchst relevant und sollten besser wahrgenommen und genutzt werden.

Den Impulsen nachfolgend erarbeiteten die DialogforumteilnehmerInnen neben Chancen und Bedarfen auch Herausforderungen in der aktuellen Projektphase – auch angesichts der gesellschaftlichen Situation und Stimmung. Für die erfolgreiche Gewinnung von Menschen für PatInnenschaften spielen die Kontinuität der Angebote eine wichtige Rolle. Vielfältige Angebote zu festen Terminen und an festen Orten erleichterten den Zugang für interessierte Geflüchtete und Engagierte. Grundlegend sei zudem eine gesicherte fortlaufende Finanzierung, um die Kontinuität gewährleisten zu können.

Die Ideen und Bedarfe der Geflüchteten müssten gehört und eingebracht werden, damit auch ihre Perspektive und Wünsche an PatInnenschaften in das Engagementkonzept einfließen können.

Die Motivation der PatInnen zu erhalten, wurde von den Diskutierenden als eine der größten Hürden genannt. Dazu zählten auch die Rahmenbedingungen wie die unsichere Anschlussfinanzierung der Projekte und die derzeitige politische Lage, die die Motivation maßgeblich erschwerten.

Empfehlungen

Als Conclusio sind abschließend Empfehlungen differenziert an die Adressaten Träger, Partner und Förderer erarbeitet worden, die für die künftige Gewinnung von PatInnen mit und ohne Fluchterfahrung als hilfreich und zielführend festgehalten wurden:

Für Programmträger:

- » Es gilt die Ressourcen der Engagierten aufzunehmen bzw. deren Kompetenzen im Rahmen des Engagements (weiter) zu entwickeln (Wer eine Flucht von Syrien oder Irak nach Deutschland gemeistert hat, hat auch Ressourcen für ein Engagement).
- » Wichtig dabei ist die Engagements medial vielfältig und spezifisch sichtbar zu machen und diese auch durch wertschätzende Handlungen sichtbar zu machen.
- » Engagements bzgl. Aufgaben, Aktivitäten und den zeitlichen Umfang betreffend zu definieren, ist hilfreich bei der Gewinnung von Engagierten.
- » Von Anbeginn an sind die einzelnen Engagements jeweils hinsichtlich Zeitumfang und Engagementdauer zu strukturieren; insbesondere ist dabei auch eine mögliche Ausstiegs- bzw. Beendigungsoption festzuhalten (die man situations- und beziehungsadäquat jeweils neu anpassen kann).
- » Unerlässlich ist eine begleitende Engagement-Infrastruktur, die durch Hauptamtliche gesteuert wird.

Für Partner:

- » Partner vor Ort sind gut, Netzwerke aus vielen Partnern noch besser.
- » Zwischen diesen sollen Perspektivenwechsel möglich sein und das Networking auf Augenhöhe erfolgen.

- » Die Vernetzungen und Netzwerkpartner sollten möglichst aus verschiedenen Lebens- und Arbeitswelten sowie aus inter- und multikulturellen Bezügen heraus agieren, so dass verschiedenste kulturelle Kompetenzen zur Geltung und Gestaltung kommen.
- » Abgestimmte und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit wirkt a) über dann breitere Verteiler und b) durch passgenaue Formate der Öffentlichkeitsarbeit zielgenauer („Der Fisch muss dem Köder schmecken, nicht dem Angler“).
- » Wichtig dabei ist, dass die Partner sich als Akteure im Sozialraum (Quartier) verstehen und im Quartier durch weitere Vernetzungsaktivitäten ihr Handeln optimieren (Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile); bspw. durch Kooperation mit einer (regionalen) Zeitung (Stichwort Kolumnen zu Flucht/ über Geflüchtete und deren Lebenssituation vor Ort).
- » An der Schnittstelle von Engagement und Arbeitswelt können Partner in Netzwerken unterstützend sein, um engagierten Geflüchteten zu ermöglichen auch ArbeitnehmerIn zu werden.

Förderer:

- » Wer PatInnenschaften und Geflüchtete längerfristig als in einjährigen Projekten fördert, erzielt pro investiertem Euro eine vielfach höhere (Aus-)Wirkung.
- » Potenziert werden würde dies noch durch Förderbestimmungen, die so unbürokratisch wie möglich sind.
- » Bessere (gute) Förderprogramme müssen zwischen den föderalen Ebenen (Kommune – Land – Bund – Europa) besser abgestimmt werden.
- » Die Flexibilität und Kreativität der Träger bzgl. möglicher Mittelidentifizierung und verschiedenster, auch zivilgesellschaftlicher Förderer (Stiftungen, Kirchen etc.) gilt es zu optimieren.
- » PatInnenschaften von und für Geflüchtete sind 2017 und in den Folgejahren längst kein Selbstläufer mehr, so dass Werbung und Werbekampagnen zu planen und umzusetzen sind, um aus der Willkommenskultur eine Integrations- und Teilhabekultur (Partizipation!) zu ermöglichen.

Empfehlungen

Für Träger:

- » Ressourcen aufnehmen & Kompetenzen entwickeln
- » Engagement sichtbar machen & wertschätzen
- » Engagements definieren
- » Engagements zeitlich strukturieren, dabei auch eine Ausstiegskultur thematisieren
- » Infrastruktur & Hauptamt für Engagement
- » Netzwerkarbeit und Kooperationen mit allen Akteuren

Für Partner:

- » Perspektivenwechsel & Augenhöhe
- » Vernetzung & Netzwerkpartner (interkulturell!) fördern

- » Kooperationspartner aus fremden Lebens- und Arbeitswelten
- » Sozialraumkoordination (im Quartier)
- » Engagement & Arbeit
- » Öffentlichkeitsarbeit zusammen & vielfältig (der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler)

Für Förderer:

- » Finanzierungsmöglichkeiten längerfristiger Art ...
- » ... und das so unbürokratisch wie möglich
- » Bessere (gute) Förderprogrammabstimmung
- » Ehrenamtszuschale & Auslagenerstattung
- » Flexibel & kreativ bzgl. Förderer unterschiedlicher Art

DIALOGFORUM III

**Wege in die Arbeitswelt:
Zugänge ermöglichen, sektorenübergreifend begleiten**



Impuls
Kadim Tas



Impuls
Sefer Öncel



Moderation
Brigitta Wortmann



Moderation
Justus Germer

Von: Brigitta Wortmann und Justus Germer

Seit 2016 nimmt die Zahl der Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldeten, die als arbeitssuchend gemeldet sind, stetig zu. Somit gewinnen auch Fragen zur Integration in den Arbeitsmarkt in den Mentoring- und Patenschaftsbeziehungen eine stetig größere Bedeutung. Dies spiegelte sich auch in der enormen Nachfrage an diesem Dialogforum wider.

Eingeführt wurde in das Dialogforum durch zwei Impulse, zum einen aus der Perspektive der Agentur für Arbeit, zum anderen aus der Perspektive des Mentoringprogrammes JOBLINGE Kompass.

Sefer Öncel, von der Regionaldirektion NRW der Agentur für Arbeit, stellte die sogenannten Integration Points (IP) vor. Diese sind einheitliche gemeinsame Anlaufstellen – flächendeckend in NRW ausgerollt –, in denen geflüchtete Menschen abgestimmte Beratung und Unterstützung durch eigens spezialisierte Fachkräfte erhalten, um sie an den Arbeits- und Ausbildungsmarkt heranzuführen und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das Rahmenkonzept der IP sieht auch eine Einbeziehung von ehrenamtlichen Strukturen in den Beiräten vor. Ob dies auch von den lokalen Standorten so umgesetzt wird, blieb offen. Aus Sicht der IP ist es besonders wichtig Zugänge zu den geflüchteten Menschen zu schaffen und Vertrauen aufzubauen – hier sehen sie in den PatInnen eine wichtige Brückenfunktion, um eine enge Zusammenarbeit herstellen und Barrieren zu überwinden.

Kadim Tas, Regionalleiter der JOBLINGE gAG FrankfurtRheinMain und operativer Vorstand der JOBLINGE-Dachorganisation e.V., stellte das Mentoringprogramm „JOBLINGE Kompass“ vor. Mit ihm „erarbeiten“ sich Geflüchtete selber Schritt

für Schritt einen Ausbildungsplatz. Unterstützt werden sie hierbei durch berufs- und lebenserfahrene Personen. Die Rolle und Aufgabe der MentorInnen liegt dabei in der langfristigen Motivationsstütze, dem regelmäßigen Kontakt, Aufbau von Vertrauen, und auch darin, Rollenvorbild zu sein. Das Ziel ist eine „ideale Vorbereitung ins Berufsleben“. Die Unterstützung beim Spracherwerb, der Förderung von Eigenverantwortlichkeit und die Unterstützung auf dem Weg in Arbeit bzw. in Ausbildung stehen hier im Vordergrund. Die Jobvermittlung oder auch Behördengänge sind dagegen nicht Teil der Aufgabe. Von der Phase der Orientierung bis zur Stabilisierung nach Anstellung im Unternehmen ist ein maximaler Zeiteinsatz von ca. sechs Monaten vorgesehen.

In der folgenden Diskussion wurden durchgängig immer wieder die Rollen von MentorInnen und PatInnen reflektiert sowie Möglichkeiten und auch Grenzen von PatInnenschaften. Dabei ist es sicherlich auch wichtig zu berücksichtigen, dass die Form, wie PatInnenschaften aufgesetzt sind, sehr variiert. Wenn es auch einige Gemeinsamkeiten gibt zwischen Mentoring und PatInnenschaften, so fokussiert sich ersteres v. a. auf die Begleitung und Weitergabe von fachlichem Wissen wie Berufserfahrungen, während im Rahmen des Letzteren v.a. die fürsorgliche Beziehung und Begleitung eines Menschen in einer besonderen Lebenssituation im Mittelpunkt steht (siehe dazu auch den UPJ-Leitfaden „PatInnenschaften für Integration“).

Die Rahmenbedingungen unter denen Geflüchtete den Weg in die Arbeitswelt suchen, u. a. die unklare Bleibeperspektive, wurden als ganz entscheidende Voraussetzung gesehen, da sie sowohl bei PatInnen als auch bei Betrieben und ArbeitgeberInnen für Unsicherheit sorgt.

Das bereits bestehende Spannungsverhältnis zwischen den ehrenamtlichen PatInnen und der hauptamtlichen Integrationsinfrastruktur wird am Thema Zugang zur Arbeitswelt als noch gravierender gesehen, da die Strukturen für Außenstehende unübersichtlicher und komplexer werden. Zusätzlich zur Integrationsstruktur kommen die Arbeitsmarktstruktur und ihre Akteure inkl. ihrer spezifischen „Spielregeln“ hinzu.

Als Hauptthemen kristallisierten sich im Verlauf des Dialogforums die Themen Informationstransfer und Räume des Austausches heraus, was sich auch in den Handlungsempfehlungen niederschlägt.

Empfehlungen

Für Programmträger und lokale Partnerorganisationen (23 & rd. 600):

- » Das Wissensmanagement muss auf der Ebene der Träger organisiert werden und es besteht in vielen Programmen noch die Notwendigkeit die Kommunikationswege besser zu gestalten, so dass die Informationsweiterleitung auch an die PatInnen besser funktioniert.
- » Es ist Aufgabe der Programmträger auch als InitiatorInnen von „Runden Tischen“ zum Thema „Wege in die Arbeitswelt“ zu fungieren. Hier sollte es eine gemeinsame Verantwortung zur gegenseitigen Einbindung in solche Austauschformate geben, also sowohl seitens der Programmträger, als auch von Partnern und Institutionen wie z.B. Jobcentern, Kommunen etc.

- » Im Kontext der einzelnen Patenschaftsprogramme ist eine Rollenklärung für PatInnen in Bezug auf die Betreuung der Newcomer in den deutschen Arbeitsmarkt wichtig.
- » Aufsetzen von und Zugänge schaffen zu Fortbildungsangeboten für PatInnen zum Thema Übergang Schule in die Arbeitswelt.
- » In der Struktur der Programmträger ist es wichtig, dass die Vertretung der Ehrenamtlichen gewährleistet ist.

Für Partner (z. B. die Kommunen, Jobcenter):

- » Aufbau bzw. Förderung von einer klaren Struktur zur Unterstützung der Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt, sprich einer Koordinationsstelle, die alle Akteure und zuständigen Institutionen einbezieht, so auch die Patenschaftsorganisationen und Ehrenamtlichen.
- » Einbindung der ehrenamtlich Engagierten in diese Austauschplattformen (siehe oben: gemeinsame Verantwortung, dass alle an einem Tisch sitzen), siehe Runde Tische und Grundkonzept der Integration Points.
- » Der Zielgruppe angepasste Zugänge in die Unternehmen schaffen (rein schriftbasierte Online-Anmeldetools wurden z. B. als eher hinderlich bewertet).

Für Förderer auf Bundes- und Länderebene:

- » Bündelung von Zugängen zum Know-How durch die Schaffung einer zentralen, öffentlichen Wissens- und Informationsplattform zum Thema „Wege in die Arbeit“, die ressort- und institutionsübergreifend ist. Diese sollte dann auch eine Verlinkung zu der „Menschen stärken Menschen“-Webseite bieten.
- » Leitfaden – Meta-Ebene: Wege in die Arbeitswelt mit PatInnen-Begleitung.
- » Austausch zwischen den Programmträgern (23 + BMFSFJ) zum Themenkreis intensivieren.

Empfehlungen

Übergeordnete Themen:

- » Unklarheiten der Rahmenbedingungen (Bleibeperspektive)
- » Offene Fragen hinsichtlich der Rollen von Engagierten und Hauptamtlichen
- » Spannungsfeld zwischen PatInnenprogrammen und Integrationsinfrastruktur wird beim Thema Zugang zur Arbeitswelt noch gravierender
- » Hauptthemen: Informationstransfer, Räume des Austausches

Für 23 Programmträger, 600 Letztempfänger:

- » Wissensmanagement muss auf der Ebene der Träger organisiert werden
- » Bessere Kommunikationswege/ Infoweiterleitung im Programm
- » Auch InitiatorIn von „Runden Tischen“
- » Rollenklärung für PatInnen in Bezug auf Arbeitsmarkt

- » Fortbildungsangebote (Übergänge Schule/ Beruf)
- » Ehrenamtsvertretung bei Programmträgern
- » Verantwortung für gegenseitige Einbindung (Programmträger + Partner)

Für Partner:

- » Klare Struktur: Koordinator für Arbeit in den Kommunen, inkl. Einbindung Patenorganisation
- » Einbindung Engagierte, z. B.: Runde Tische/ Integration Point
- » Anderer Zugang in die Unternehmen für BewerberInnen

Für Förderer:

- » Zentrale Wissensplattform „Arbeit“ mit Verlinkung zu „Menschen stärken Menschen“
- » Austausch zwischen den Programträgern (23 + 1)
- » Steuerungswissen
- » Leitfaden – Meta-Ebene: Wege in die Arbeitswelt mit PatInnen-Begleitung

DIALOGFORUM IV

Vorbereiten, Matchen, Begleiten: Gute Praxis von Beginn bis zum Ende



Impuls, Moderation
Lena Blum



Impuls, Moderation
Volker Uhl

Von: Lena Blum und Volker Uhl

In Dialogforum IV wurden Bedarfe und Herausforderungen einer guten Koordination von Tandems diskutiert und mit wissenschaftlichen Einsichten aus der Mentoringforschung abgeglichen, um Empfehlungen sowohl für KoordinatorInnen als auch für Programmträger und Förderer zu formulieren. Dazu führten Lena Blum und Volker Uhl von den Landungsbrücken Hamburg mit zwei Inputs in die verschiedenen Arbeitsphasen der Koordination von Tandems und der hybriden Rolle von MentorInnen ein und übernahmen zugleich die Moderation im Dialogforum.

Im ersten Input legten Blum und Uhl dar, dass KoordinatorInnen vielfältige Aufgaben zu bewältigen haben, die weit über das Matching zweier Personen oder die Begleitung von Tandems hinausreichen. Methodisch betrachtet lässt sich eine gute Koordination in die sechs Phasen Akquise, Auswahl, Einführung, Matching, Begleitung und Abschluss einteilen. Jede dieser Stufen erfordere unterschiedliche Kompetenzen auf Seiten der KoordinatorInnen. In der Akquisephase gelte es beispielsweise Projektaufbau und -ziele zielgruppengerecht zu formulieren, um gezielt MentorInnen und Mentees für das Vorhaben zu gewinnen, während in der Phase der Begleitung der regelmäßige Austausch mit den Tandems und den eigenen MitarbeiterInnen im Fokus stehe. Im zweiten Input standen die verschiedenen Rollen, welche MentorInnen in einem Tandem haben können, im Fokus. Die verschiedenen Rollen spiegelten sich bereits in der Namensvielfalt wider: PatIn, MentorIn, LotsIn etc. In diesem Zusammenhang führten die InputgeberInnen das Konzept der hybriden Rollen nach Dr. Limor Goldner von der Universität Haifa in Israel ein, die das Mentoring Programm Preach in den USA zwölf Jahre leitete. Nach Dr. Goldner sollten MentorInnen in der Lage sein, sich bei ihrer Rolle nach den aktuellen Bedürfnissen des Mentees zu orientieren und sich zwischen diesen Rollen frei zu bewegen.

Im Anschluss an die Inputs waren die Teilnehmenden des Dialogforums eingeladen, aus ihrer eigenen Erfahrung bezüglich der Vorbereitung, der Begleitung und des Matchings der Tandems zu berichten. Als Gelingensfaktoren für eine gute Koordi-

nation und damit auch eine erfolgreiche PatInnenschaft identifizierten die DiskutantInnen Faktoren wie persönliche Erstgespräche, begleitende Kennenlernetreffen, offene Sprechstunden, die örtliche Nähe der KoordinatorInnen zu den Tandems, sowie Angebote für einen regelmäßigen Austausch. Hinderlich für eine gute Begleitung sei hingegen beispielsweise, wenn die Zusammenarbeit zwischen KoordinatorInnen und SozialarbeiterInnen nicht gut laufe, die KoordinatorInnen als auch MentorInnen unzuverlässig agierten oder aufgrund mangelnder Kommunikation in der Auswahl- und Einführungsphase Erwartungen und Ziele aller Beteiligten diffus blieben. Besondere Herausforderungen stellten weiterhin Sprachbarrieren dar, die eine gute Begleitung durch KoordinatorInnen erschweren. Zu den im Dialogforum gemeinsam erarbeiteten Lösungen gehörten so unterschiedliche Vorschläge wie die Durchführung von Zielvereinbarungstreffen oder stetige Treffen zur Rollenklärung. Besonders hervorgehoben wurde, dass KoordinatorInnen die Tandems als soziales System bestehend aus MentorIn und Mentee im Blick haben und sich nicht lediglich als „Anwälte“ der ehrenamtlichen MentorInnen sehen sollten.

Gemeinsam wurden folgende Gelingensfaktoren für, Bedarfe und Herausforderungen bei Matching und Begleitung identifiziert:

Matching – Was läuft gut?

- » Offene Sprechstunde
- » Wohnortnähe
- » Online-Fragebogen
- » Persönliches Erstgespräch
- » Individuelle Bedürfnisse beider Seiten
- » Begleitendes Kennenlernetreffen

Matching – Wo gibt es Probleme?

- » Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern
- » Bei 1:1-PatInnenschaften die Frage nach dem Matchen von Frauen und Männern
- » Verlässlichkeit
- » Unklare Erwartungen aufgrund zeitlicher Ressourcen
- » Sprachbarrieren
- » Mehrere PatInnen für eine Person

Matching – Lösungen

- » Stetige Rollenklärung
- » Zielvereinbarungstreffen
- » WhatsApp als kurzer Kommunikationsweg
- » Gute Begleitung

Begleitung – Was läuft gut?

- » Austauschtreffen für PatInnen
- » Newsletter für PatInnen
- » Online-Foren zum Austausch
- » Regelmäßiger Kontakt und Nachfragen durch KoordinatorInnen
- » Regelmäßigkeit von Angeboten
- » Ordner mit Material zu Infos & Anregungen für die Tandems

Begleitung – Was sind die Herausforderungen?

- » Zeitmangel der MentorInnen, PatInnen
- » Altersunterschied der MentorInnen und Mentees
- » Vereinnahmung von PatInnen durch Gepatete

Begleitung – Lösungen

- » Regelmäßiger Zeiteinsatz der Koordinatoren
- » Rollen thematisieren und klären
- » Familie mit einbinden
- » Nicht nur die „Anwälte“ der Gepateten sein
- » Ziele stetig überprüfen
- » Rahmen schaffen für Themen jenseits der Patenschaft
- » Interkulturelle Workshops
- » PatInnenschaften anpassen
- » Regelmäßige Aktivitäten

Empfehlungen

Für Programmträger:

- » Angemessene Planung von Zeitressourcen für die Koordination (abhängig von Zielgruppe und Aufgaben)
- » Planungssicherheit für die Anstellung der hauptamtlichen Koordination
- » Gute und regelmäßige Kommunikation mit lokalen Projekten
- » Evaluation und Qualitätsmanagement einplanen
- » Methodenbox für die Arbeit in der Praxis
- » Qualifizierung und Supervision für Koordinatoren
- » Vernetzungs- und Austauschtreffen der Koordinatoren

Für Kooperationspartner:

- » Persönliche Erstgespräche für Mentor und Mentee
- » Kriteriengestütztes Matching
- » Enge, nachfassende Begleitung von Mentor/Mentee
- » Einbindung von Social Media (z. B. Whats App Gruppen)
- » Standards und Anforderungen schriftlich fixieren und kommunizieren (Spielregeln, Leitfäden,...)
- » Offener Austausch mit anderen Akteuren, Kooperationspartnern und Programmträgern
- » Lokale Vernetzung der PatInnenprojekte

Für Förder:

- » Langfristige Förderung (nicht nur für ein Jahr) und Verankerung im Haushalt (vom Projekt zur strukturellen Förderung)
- » Ausreichende Personalmittel für PatInnenschaftskoordination bereitstellen
- » Finanzierung der Verstetigung von PatInnenschaften
- » Qualität statt Quantität
- » Wissenstransfer ermöglichen (z. B. allgemeine Leitfäden)
- » Realistischer Aufwand für Evaluation / Dokumentation

DIALOGFORUM V

Interkulturalität als Chance: PatInnenschaften in einer vielfältigen Gesellschaft



Impuls

Prof. em. Dr. Ursula Boos-Nünning



Impuls

Mamad Mohamad



Moderation

Marianne Ballé Moudoumbou

Von: Marianne Ballé Moudoumbou

Im Dialogforum V wurde die Frage diskutiert, wie Vielfalt in Organisationsstrukturen, Projektkonzeptionen und deren Umsetzung, Medien und Kommunikation sowie in Unternehmen Eingang finden und konsequent umgesetzt werden kann. Prof. em. Dr. Ursula Boos-Nünning, Universität Duisburg-Essen, und Mamad Mohamad, Landesnetzwerk MigrantInnenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V., hielten einführende Impulse. Die Moderation lag bei Marianne Ballé Moudoumbou, Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e.V., Bundeselternnetzwerk der MigrantInnenorganisationen für Bildung, Teilhabe, Vielfalt (bbt).

Als Einstieg in das Forum haben wir gemeinsam eine gedanklichen Reise in die schöne Utopie einer diskriminierungsfreien Welt unternommen und ihre Bedeutung für PatInnen erörtert. In dieser Welt werden die Mentees in alle Bereiche des Entscheidungsprozesses einbezogen. Die Organisationen von Menschen mit Flucht- bzw. Migrationserfahrung wirken in jeder Etappe an der Erarbeitung des Konzepts, der Planung, der Durchführung und der Evaluierung eines Projektes bzw. einer Maßnahme mit. Die PatInnen begleiten die Mentees in allen Lebensphasen und werden auch selbst sowohl im Alltag als auch in emotional schwierigen Situationen begleitet. Bald mussten wir wieder auf dem trockenen Boden der Realität landen. Der Ausgangspunkt für unsere folgende Diskussion war die Frage, welche Voraussetzungen für PatInnenschaften als eine Verbindung zwischen gleichberechtigten PartnerInnen erfüllt sein müssen.

Als erster Schritt wurde die Öffnung der Fortbildungen genannt. Das Asyl- und Ausländerrecht ist dadurch gekennzeichnet, dass es Menschen in unterschiedliche Kategorien einteilt, die per se eine diskriminierende Wirkung haben. Der Zugang zu Fortbildungen hängt weitgehend vom Aufenthaltsstatus bzw. vom Herkunftsland und der damit verbundenen „Bleibeperspektive“ der einzelnen Personen ab. Im Rahmen einer PatInnenschaft ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle TeilnehmerInnen – MentorInnen und Mentees – an den Fortbildungen teilnehmen

können. Nur dadurch können sich alle TeilnehmerInnen als gleichberechtigte PartnerInnen auf einem gemeinsamen Weg betrachten und sich gemeinsam als Menschen weiter entwickeln und entfalten.

Als weitere wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte, diskriminierungsfreie, gelungene Mentee/PatInnenbeziehung wurden die Sprache, der Sprachgebrauch und die Haltung genannt. Dieser Bereich lässt sich durch einen einzigen Ausdruck zusammenfassen: „Paternalismus ade!“. Studien belegen, dass 80% der menschlichen Kommunikation über nonverbale Kanäle abläuft. Ein lässiges Streicheln über die Wange der Mentee durch die PatInnen steht also im völligen Gegensatz zur Bekenntnis einer Beziehung auf Augenhöhe. Eine rassismus- und diskriminierungsfreie Sprache umfasst auch die nonverbale Kommunikation. Diese Sprachpolitik funktioniert jedoch nur im größeren Rahmen eines „cultural mainstreaming“, das sich hinsichtlich kultureller Vielfalt, Interkulturalität und Teilhabe auch auf die strukturelle Ebene von Trägerorganisationen auswirkt.

In den PatInnenschaften gewinnen Mentees oft den Eindruck, dass PatInnen sich in einer privilegierten, sicheren Situation befinden, weil sie jederzeit die Patenschaft „kündigen“ und zum „Alltag“ zurückkehren können, während PatInnen sich die Frage stellen, ob ihr Engagement wirklich geschätzt wird. In dieser Konstellation ist es keine leichte Aufgabe, das Menschliche – im positiven, wertschätzenden Sinne des Wortes – in den Vordergrund zu stellen, Empowerment zu praktizieren und ressourcenorientiert zusammenzuarbeiten. Mentees sind erwachsene Menschen mit langjähriger Erfahrung aus verschiedenen Kontinenten bzw. Kinder und Jugendliche, die in vielen Fällen schlimme Erfahrungen gemacht haben, die den meisten hier lebenden Erwachsenen und Gleichaltrigen glücklicherweise erspart bleiben. Auf der anderen Seite sind PatInnen Menschen, deren Erfahrungsschatz und Erlebnisse nicht unbedingt während der ersten Gespräche zum Vorschein kommen. Voneinander zu lernen bedeutet zuzuhören, miteinander lange Gespräche zu führen und viel Geduld aufzubringen.

Um weder Mentees noch PatInnen zu überfordern, haben sich „Patenschaftsverträge“ als nützlich erwiesen, in denen Mentee und PatIn den Rahmen der PatInnenschaften festlegen, wie beispielsweise die Häufigkeit der Treffen, ihre zeitliche Erreichbarkeit, aber auch das Verbot finanzieller Anfragen und Annäherungen mit sexuellem Charakter.

Ein wichtiger Schritt ist die Anerkennung von Migration als ein Bestandteil des individuellen und kollektiven Lebens. „Cultural Mainstreaming“ sei hier als Schlagwort genannt. Das Leben einer/s Mentees lässt sich nicht auf das „Heimatland“ reduzieren. Das Gleiche gilt für PatInnen, die auf den ersten Blick nicht unbedingt „typisch deutsch“ aussehen. Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildungsseminare, die von Mentees und PatInnen gemeinsam besucht werden sollten, müssen zum Ziel haben, dass alle über den Tellerrand schauen, die eigenen Vorurteile in Frage stellen und ihren Horizont erweitern.

Sowohl PatInnen als auch Mentees sollten losgelöst von Herkunft, Aufenthaltsstatus, ethnischen und sonstigen Zuschreibungen ganzheitlich als Menschen

begegnet werden. Ohne eine politische Gleichstellung der Mentees ist „Cultural Mainstreaming“ jedoch wirkungslos. Dieser Aspekt ist auch in der Mentee/PatInnen-Beziehung zu berücksichtigen. Nichts desto trotz ist in Maßnahmen, Programmen und Projekten die Lebenssphäre der Mentees als MigrantInnen stärker zu akzeptieren und zu berücksichtigen. Träger- und Förderorganisationen sollten aktiv auf Menschen mit Flucht- bzw. Migrationserfahrung und deren Organisationen zugehen und sie frühzeitig in die Konzeption von Programmen einbinden. Kooperationen auf institutioneller Ebene zeichnen sich vorrangig durch eine Aufgabenteilung aus, bei der die Trägerorganisationen Konzept und Struktur vorgeben sowie Finanzen bereitstellen und die Organisationen von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte für die „Akquise“ der TeilnehmerInnen zuständig sind. Sprachvielfalt sollte bereits bei der Konzeptualisierung von Programmen bedacht werden. Um Menschen zu erreichen sind Community-interne wie Community-übergreifende Strategien unerlässlich. Zudem sollte interkulturelle Sensibilisierung medienübergreifend erfolgen und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für RedakteurInnen und JournalistInnen entwickelt werden.

Besonders im ländlichen Raum brauchen die AkteurInnen Arbeitshilfen wie Methodenboxen und Literaturlisten, zu denen sie online und offline Zugriff haben. Ein verstärkter Austausch zwischen ländlichen und städtischen Regionen sowie unter den ländlichen Regionen der verschiedenen Bundesländer würden alle TeilnehmerInnen des Dialogforums begrüßen. Wie wir in der Mentee-PatInnenbeziehung auf Organisationsebene, sowie in den Träger- und Förderinstitutionen zusammenarbeiten wollen, darf nicht dem Zufall überlassen werden. Die gemeinsame Erarbeitung eines Leitbilds scheint eine gute Möglichkeit zu bieten, einen gemeinsamen Nenner auf hoher Ebene zu finden, um den Weg für Interkulturalität zu ebnen.

Eine Frage konnten wir im Handlungsfeld V nicht lösen: wie groß die Bereitschaft zur Änderung, Öffnung und Teilung bleibt, wenn es nicht mehr nur um das Brot, sondern vielleicht etwas später, in der näheren Zukunft oder schon jetzt um die Wurst geht.

Empfehlungen

Für PatInnen:

- » Alltag und Grenzsituationen, Begleitung von Menschen in allen Lebensphasen

Für Programmträger:

- » Online-Seminare / Webseminare
- » Erfahrungen der Menschen mit Fluchterfahrung im Vordergrund
- » Quote auf Entscheidungsebene
- » Freiwilligenagenturen öffnen
- » Öffnung lokaler Untereinheiten
- » Kooperationen forcieren
- » Öffnen der Fortbildungen

Für Förderer:

- » Entbürokratisierung
- » Strukturförderung für die stärkere Mitwirkung und Mitgestaltung der Organisationen von Menschen mit Flucht/Migrationsgeschichte
- » Trägerschaft öffnen
- » Soziale Räume als Ausgangspunkt für die Erarbeitung von Konzepten
- » Regelung für SprachmittlerInnen

DIALOGFORUM VI

Brücken schlagen: Kooperationen für die nachhaltige Prozeßsteuerung



Impuls
Gudrun Kirchhoff



Impuls
Katja Henze



Impuls
Anja Herde



Moderation
Carola Schaaf-Derichs

Von: Carola Schaaf-Derichs

Das Dialogforum VI widmete sich der Frage, welche Wirkungen Kooperationen erzeugen und wie sie initiiert und gut begleitet werden können. Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik, Katja Henze, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte der Stadt Weißenfels, und Anja Herde, UPJ e.V., gaben einführende Impulse. Die Moderation des Dialogforums lag bei Carola Schaaf-Derichs, Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin, BBE-SprecherInnenrat.

Gudrun Kirchhoff und Katja Henze berichteten aus dem Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in Zentren von Klein- und Mittelstädten“, das die Förderung der sozialräumlichen Integration und der gesellschaftlichen Teilhabechancen von Zuwanderern sowie die Stärkung der städtischen Identität und zivilgesellschaftlicher Strukturen zum Ziel hat. Gleichzeitig soll eine Attraktivität der Zentren durch eine Verknüpfung stadtentwicklungs- und integrationspolitischer Handlungsansätze erreicht und für kommunale Akteure übertragbares Handlungs- und Orientierungswissen erarbeitet werden.

Anja Herde gab einen Impuls zu Unternehmenskooperationen und PatInnenschaften und beleuchtete darin das breite Spektrum des Engagements von Unternehmen sowie deren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung im Feld des Corporate Citizenship. Besonderes Augenmerk legte sie auf die Umsetzung und Erfolgsfaktoren von Unternehmensengagement mittels PatInnenschaften.

In der anschließenden Diskussion wurden Gelingensfaktoren und Hürden für Kooperationen im Feld Engagement für Geflüchtete sowie Stärken und Schwächen des Programms „Menschen stärken Menschen“ in diesem Bereich identifiziert.

Als wesentliche Faktoren für den Erfolg von Kooperationen wurden einstimmig eine transparente und sensible Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren aller Sektoren, eine gute Koordination mit klarer Leitungsebene und

AnsprechpartnerInnen sowie eine gemeinsame Zielsetzung und deren kontinuierliche Überprüfung genannt.

Mangelnde personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen, Konkurrenzdenken zwischen einzelnen Akteuren, Parallelstrukturen bei Angeboten und Schulungen und mangelnde Priorisierung im Prozess waren die größten Hürden für eine gelingende Kooperation.

Als große Stärke des Programms „Menschen stärken Menschen“ wurde die politische Unterstützung durch das BMFSFJ genannt. Den Programmträgern werde eine Infrastruktur bereitgestellt, auf die sie aufbauen können. Die Planungsunsicherheit nach 2018 erschwere jedoch die langfristige Kooperation mit Partnern und Unternehmen.

In der Diskussion wurde bemängelt, dass in Großstädten viele professionelle Träger und Akteure mit langjähriger Erfahrung aktiv, im ländlichen Raum jedoch nicht in diesem Maße vor Ort seien.

Auf allgemeiner Verwaltungsebene würden festgefahrene Strukturen herrschen und es fehle an Offenheit für Neues. Es brauche eine langfristige flächendeckende Einführung von FreiwilligenkoordinatorInnen als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen in den Verwaltungen.

Finanzielle Mittel würden für den Aufbau von Verwaltungskompetenz auf kommunaler Ebene besonders in den neuen Bundesländern benötigt. Gleichzeitig müssten Kommunen prüfen, inwieweit sie zusätzliche Stellen brauchen oder ob sie bestehende Strukturen effektiver nutzen können.

Auf Programmebene von „Menschen stärken Menschen“ müsse gefragt werden, ob eine Assoziierung aller beteiligten Programmträger hilfreich wäre, um mit gebündelter Kraft, Kompetenzen und Ressourcen gezielt Lobbying betreiben zu können. Sektorenübergreifend würde der Mehrwert von Kooperationen noch nicht gesehen werden. Unternehmen würden vorrangig nach Finanzierung angefragt, könnten aber über Kompetenzspenden wie beispielsweise Bewerbungstrainings, Coachings oder durch eine gemeinsame Entwicklung neuer Kapazitäten stärker eingebunden werden.

Empfehlungen an die Politik:

- » Es braucht finanzierte Stellen zur Koordination zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften im Sinne der notwendigen Professionalisierung. Diese sollten auch auf allen Ebenen der Verwaltung mitbedacht werden.
- » Die Vernetzung und Qualifizierung der EhrenamtskoordinatorInnen muss langfristig gesichert sein. Stichwort: vom Fördertopf zum Querschnittsdenken.
- » Städte und Gemeinden brauchen koproduktive Mittel für das Programm „Menschen stärken Menschen“.
- » Hierbei müssen verschiedene Perspektiven berücksichtigt werden, um lokal angemessen zu finanzieren:

» Ost- und westdeutsche Verhältnisse, Großstädte versus ländliche Regionen, wo oft professionelle Akteure schlicht fehlen.

- » Das Programm Menschen stärken Menschen braucht Kontinuität: es sollte vom „Programm“ zum „System“ und damit zu einer vorhandenen PatInnen-schafts-Kultur entwickelt werden
- » Vielfältiger Wissenstransfer wird benötigt als Grundlage für die weitere Entwicklung zur vom Programm zur „lernenden Organisation“ „Menschen stärken Menschen“.

The background of the slide is a blue-tinted photograph. It shows a person's hands pointing at a whiteboard. The whiteboard is covered with several yellow sticky notes, each containing handwritten text. The person's hands are in the foreground, with one hand pointing towards the sticky notes. The overall scene suggests a collaborative meeting or a presentation of findings.

FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

Nachhaltigkeitsperspektiven, Professionalisierung und Weiterentwicklung in bewegten Zeiten

Der bundesweite Fachkongress des BBE im Programm „Menschen stärken Menschen“ des BMFSFJ führte im Jahr 2017 zum zweiten Mal einen weiten Kreis von ExpertInnen zusammen. Er setzte bei aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen an, der Auseinandersetzung mit fachlichen Fragen rund um Flucht, Engagement und Integration und richtete den Blick auf aktuell wichtige anstehende Aufgaben. Er bot Raum für Diskussionen im Plenum, für die gemeinsame Arbeit der teilnehmenden ExpertInnen in Dialogforen an der Formulierung von Bedarfen und Handlungsempfehlungen sowie für den systematischen Wissenstransfer.

Viele der Empfehlungen, die aus dem letzten Kongress hervorgingen und in der Dokumentation 2016 vermerkt sind, erfreuen sich nach wie vor hoher Aktualität. Gleichzeitig ist der Entwicklungsprozess im letzten Jahr auch aufgrund der gesellschaftspolitischen Rahmung bedeutend. In einigen Themenfeldern sowie hinsichtlich des politischen Diskurses zeigen sich große Weiterentwicklungen und Veränderungen. Im Folgenden wird mit der Formulierung von Handlungsempfehlungen und der Perspektivierung ein abschließendes Fazit gezogen.

Handlungsempfehlungen

1. Befund: Disparate Entwicklungen!

Im Jahr 2017 gehen zentrale Befunde, die sich aus dem Programm ergeben, mit Disparitäten in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung einher. Auf der einen Seite wird rund um Diskussionen und Aktivitäten im Feld von Flucht, Engagement und Integration auf vielen Ebenen eine starke positive Dynamik ersichtlich. Dies spiegelt sich auch im Programm. Auf institutioneller, organisationaler und individueller Ebene sind vielfältige Akteure mit der Weiterentwicklung der Thematik beschäftigt. Sektorenübergreifend bringen sich neben den Mitträgern auch Kooperationspartner ein; die Fachcommunity begleitet die Entwicklungen im Programm aufmerksam und aktiv. Die Diskurse und die Auseinandersetzung unter den Akteuren sind im positiven Sinne von dieser Entwicklung geprägt, sind differenzierter geworden, haben neue Befunde hervorgebracht, an denen im Programmjahr bereits konkret angesetzt werden konnte. So lassen sich in allen Themenfeldern Lernerfahrungen nachvollziehen, von der Bildung über die Arbeitsmarktpolitik bis hin zu Kooperationen. Dies wurde beim Kongress sehr deutlich.

Gleichzeitig zeigen der Erfahrungsaustausch und die Analysen der Diskurslage, dass sich das gesellschaftliche Klima verschlechtert hat. In der öffentlichen Debatte werden Ängste in der Bevölkerung hinsichtlich einer ungleichen Verteilung von Chancen, Arbeitsplätzen und finanziellen Mitteln geschürt. Es handelt sich um einen stark medial geprägten Diskurs, der auf der Bundesebene geführt

wird. Dieser steht den Realitäten auf der lokalen Ebene deutlich entgegen. Zu beobachten sind zunehmende publizistische Aktivitäten an der Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, durch die der Versuch unternommen wird, Elitendiskurse zu prägen.

Auch unabhängig von dem Phänomen der Flucht sind moderne Gesellschaften von Vielfalt geprägt. Dabei ist für jüngere Menschen Vielfalt heute bereits zur Normalität geworden. Das belegt auch, dass das PatInnenschaftskonzept bei SchülerInnen besonders erfolgreich ist und das Engagement als PatIn oder MentorIn beliebt.

Bei Fragen der politischen Teilhabe gibt es nach wie vor große Bedarfe. Es werden grundsätzliche Debatten um Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe geführt, die durch die gesellschaftliche Realität herausgefordert werden (Stichworte: Kommunales Wahlrecht, Parteizugehörigkeit etc.)

EMPFEHLUNG 1: **Strategische Allianzen schmieden!**

Die beschriebenen Disparitäten verweisen darauf, dass Gegenmodelle und -strategien erforderlich sind. Um mit diesen Erfolg zu haben, sind über Sektorengrenzen hinweg zu schließende strategische Bündnisse erforderlich. Das Programm „Menschen stärken Menschen“ leistet hier wertvolle Bezüge, die auf lokaler Ebene niedrigschwellig ansetzen und damit gesellschaftlich eine hohe integrative Wirkung erzielen. Ebenen- und sektorenübergreifend werden Kooperationen angestoßen, entwickelt und Vorhaben durch MultiplikatorInnen weiter befördert.

Wir empfehlen einen weiteren Ausbau der entwickelten bereits recht potenten Netzwerkstrukturen hin zu zielorientierten strategischen Allianzen.

2. Befund: Erfolgreiches Programm – Fragen der Stabilität und Nachhaltigkeit nach wie vor aktuell

Inklusion stellt eine gesamtgesellschaftliche und mehrdimensionale Herausforderung dar. Deshalb wurde die Förderung und Verstetigung von ebenen- und sektorenübergreifenden Netzwerkstrukturen im Programmjahr 2017 weiter vorangetrieben. Das Konzept der Patenschaft hat sich im und durch das Programm „Menschen stärken Menschen“ als sehr erfolgsversprechend bei der Inklusion exkludierter Personengruppen erwiesen.

Der Erfolg des Programms „Menschen stärken Menschen“ lässt sich unter anderem ableiten aus den sich positiv weiter entwickelnden Infrastrukturen, dem hohen Engagement der Träger und Assoziierten auf Bundes- und lokaler Ebene, der hohen Quantität der geschlossenen PatInnenschaften und dem engagierten und erfolgreichen Einsatz der Träger mit dem Ziel, qualitativ hochwertige Bedingungen zu schaffen. Die positiven Ergebnisse der Evaluierung durch die Prognos AG zeigen gebündelt die Erfolgsfaktoren auf. Auch im dritten Programmjahr stellen sich im Programm „Menschen stärken Menschen“ wieder Fragen einer guten Weiterentwicklung der Infrastruktur, der Stabilisierung der geschaffenen Strukturen und der Nachhaltigkeit.

EMPFEHLUNG 2: Verstetigung der geschaffenen Strukturen weiter voran treiben!

Aspekte der Professionalisierung und Verstetigung der geschaffenen Strukturen müssen nun schwerpunktmäßig in den Blick genommen werden. Der Erfolg des Programmes verweist darauf, dass auch in der neuen Legislaturperiode eine Fortsetzung zu empfehlen ist. Es sollte auf die bereits aufgebauten Strukturen zurückgegriffen werden. Sie gilt es zu verstetigen, auszubauen und durch langfristige Finanzierungsperioden als Teil der Regelsysteme zu etablieren.

3. Befund: Wertvolle Lernprozesse durch den Blick über Programmgrenzen hinaus

Mit dem Ziel der Integration von Geflüchteten wurden von verschiedenen staatlichen Institutionen Programme auf unterschiedlichen föderalen Ebenen initiiert. Über diese Programme gibt es noch nicht ausreichend Transparenz.

In den ersten beiden Programmjahren hat sich ferner gezeigt, dass der Ansatz der PatInnenschaften, des Mentorings und der LotsInnenprogramme für das Themenfeld Flucht sehr fruchtbar ist. Viele Engagierte konnten gewonnen werden, Strukturen wurden etabliert und Kooperationen angestoßen. Von Voraussetzungen, Chancen und Herausforderungen von PatInnenschaften in anderen Bereichen, wie etwa im Bildungsbereich, wurde gelernt; gleichzeitig konnten auch für andere Themenfelder Lernprozesse initiiert werden.

Die Beschränkung des Programms auf Geflüchtete birgt derzeit zweierlei Probleme: Erstens findet eine Ethnisierung der Integrations- und Inklusionsproblematik statt, obwohl Exklusionsprozesse in der Gesellschaft sich nicht ausschließlich auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund beschränken. Zweitens fördert sie Neiddebatten.

EMPFEHLUNG 3: Weiterführung des Programms mit erweiterter Zielsetzung!

Es ist zu empfehlen, die verschiedenen existierenden Programme zusammenzudenken, Schnittstellen zwischen ihnen zu schaffen und sie besser aufeinander abzustimmen. Die Zielsetzung des Programms „Menschen stärken Menschen“ könnte erweitert werden: Anstatt die Förderung von Integration mit Bezug auf die bestimmte Zielgruppe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte oder Fluchterfahrung anzustreben und damit die Thematik weiterhin unilinear anzugehen, könnte gesellschaftliche Inklusion im Sinne eines gemeinsamen Prozesses als Zielsetzung zu Grunde gelegt werden. Dafür wird eine Perspektive auf das Engagement im Kontext von PatInnenschaften für Menschen mit vermindertem Zugang zu Bildung und zur gesellschaftlichen Teilhabe empfohlen.

4. Befund: Hohe Relevanz der Demokratiestärkung auf lokaler Ebene

Inwiefern Integrationsbemühungen in unserer Gesellschaft eine Chance haben ist davon abhängig, wie die Stärkung der Zivilgesellschaft für eine lebendige Demokratie gelingt. Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich vor Ort.

Hinsichtlich der Bereitschaft in der Bevölkerung, sich im Rahmen der PatInnenschaften zu engagieren, vermelden Träger im Programm unterschiedliche Tendenzen: Gerade im strukturschwachen ländlichen Raum berichten einige Träger von rückläufigen Engagementzahlen. Schwierigkeiten in der Gewinnung bürgerschaftlicher Engagierter für PatInnenschaften betreffen auch Träger mit bestimmten Rahmenbedingungen, beispielsweise geringen Möglichkeiten der Öffentlichkeitarbeit. Es stellt sich die Frage, wie aus der Willkommenskultur eine Integrations- und Teilhabekultur gemacht werden kann.

EMPFEHLUNG 4: Gute Ansätze fördern, Qualifizierung ermöglichen, Öffentlichkeitsarbeit unterstützen!

Es wird empfohlen, gute Ansätze der Gemeinwesenarbeit zu fördern, die wachsende Bedeutung des Engagements vor Ort anzuerkennen und die Stabilisierung der Infrastruktur sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gemeinden zu unterstützen.

Besonders gefördert werden sollte im Programm die Qualifikation der Engagierten, das Schaffen und Bewahren guter Rahmenbedingungen für die Koordination und die weitere Vernetzung und Netzwerkentwicklung.

In der nächsten Programmphase sollte es den Trägern ermöglicht werden, systematische Antworten auf rückläufige Engagementzahlen zu erarbeiten. Qualifizierung sollte unterstützt werden. Wichtig ist, dass bereits bei der Antragstellung Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit eingeplant werden können. Auch gilt es die Öffentlichkeitsarbeit als festen Bestandteil der Aufgaben von KoordinatorInnen frühzeitig mit zu bedenken (Stellenausschreibung, Zeitressourcen, etc.). Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für KoordinatorInnen sind ratsam.

5. Befund: Bedarfe der Transparenz und Teilhabe im schulischen Bildungssystem, der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung sowie der informellen Bildung

Hinsichtlich der Forderung nach Bildungsgerechtigkeit bestehen sehr hohe Bedarfe. Schon zu Beginn der Schulzeit sind die Bedingungen höchst ungleich. Für viele geflüchtete Menschen erscheint das deutsche Bildungssystem sehr komplex. Zugänge und Teilhabemöglichkeiten sind erschwert. Gleichwohl bestehen besondere Chancen und Möglichkeiten: Entwicklungen hin zur interkulturellen Öffnung der Bildungsinstitutionen und zu einem reflektierteren Umgang mit Diversität als Normalität können bereits beobachtet werden. Durch PatInnenschaften werden Ressourcen und Kompetenzen aktiviert und gegenseitiges Lernen durch Kontakt, Begegnung und Offenheit ermöglicht.

Neben den Bedingungen für Ausbildung, Schule und berufliche Weiterbildung ist auch das informelle Lernen und die außerschulische Aktivität ein bedeutendes Zukunftsthema im Programm. Inzwischen gibt es zahlreiche Angebote außerschulischer Unterstützung, die zum Beispiel in der Engagementpraxis des Pro-

gramms durch die LesepatInnen vorzufinden sind. Diese schenken Zuwendung und begleiten beim Lesenlernen.

MigrantInnenorganisationen kennen die Herausforderungen und Bedarfe von Kindern mit Fluchterfahrung zum Teil auf Grund eigener Erfahrungen. Sie können Eltern geflüchteter Kinder zur Seite stehen. Ebenso können sie Schulen bei besonderen Bedarfen von geflüchteten Kindern und ihren Eltern helfend zur Seite stehen.

EMPFEHLUNG 5: Bessere Rahmenbedingung im Bildungssystem und bei der Engagementförderung von Eltern schaffen!

„Bei einigen meiner KollegInnen herrscht die Überzeugung, dass mit dem Thema Migration keine Wahlen zu gewinnen seien. Der Kampf um das Thema Engagement wird jetzt noch rauer. Wir müssen diese Debatten aber führen. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Wir brauchen Vielfalt. Mit dieser Vielfalt müssen wir produktiv umgehen. Und wir müssen uns alle vernetzen, dürfen niemanden ausgrenzen, keine Konkurrenzen zulassen. Das ist meine Vorstellung von der kommenden Zeit.“

Ute Kumpf, ehem. MdB und Landesvorsitzende des AWO Landesverband Berlin e.V.

Die Vielfalt der Trägerlandschaft und Patenschaftsformen im Bildungsbereich (Lesecoaches, LesepatInnen, ElternlotsInnen, ElternbegleiterInnen, BildungspatInnen, JobpatInnen, Mentoring, usw.) sollte noch stärker gewürdigt und ihre Wirkungen systematisch untersucht werden, jedoch nicht nur unter Effizienz Gesichtspunkten.

Eine verstärkte Zusammenarbeit von MigrantInnenorganisationen und Schulen wäre anzustreben.

Angesetzt werden sollte auch bei Fragen der Chancengleichheit für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte. Indem Eltern Zugänge ermöglicht, Qualifizierung angeboten und sie in ihrem Engagement für den Zugang zu Bildung und den Bildungserfolg ihrer Kinder unterstützt werden, erhöhen sich Chancen und Möglichkeiten. Eltern sollten deshalb in ihrem Engagement gefördert werden, damit sie ihre Kinder besser stärken können.

Formale Bildungsinstitutionen sollten derweil neue Wege beschreiten und benötigen dafür Unterstützung. Es ist von hoher Relevanz, mit Blick auf das Thema Bildung und Integration die Regelsysteme in den Blick zu nehmen. In der Ausbildung und dem Einsatz der Lehrkräfte, bei der Überarbeitung und Bereitstellung geeigneten Materials, bei grundsätzlichen Fragen der Organisation und Koordina-

tion und durch das Schaffen förderlicher Rahmenbedingungen müssen geeignete Voraussetzungen geschaffen werden.

6. Befund: Geflüchtete als Engagierte können wertvolle Erfahrungen an Mentees weitergeben

Im Programmjahr 2017 stellen sich zunehmend auch Geflüchtete als engagierte PatInnen zur Verfügung. Das ist von großem Vorteil für alle Beteiligten. Chancen liegen in der spezifischen Motivation der geflüchteten PatInnen, ihren Sprachkenntnissen und den persönlichen Erfahrungen, die sie einbringen können. Auf der anderen Seite fehlen vielfach relevante Kenntnisse, etwa zu kulturellen Praxen, Rahmenbedingungen im Bildungssystem oder der öffentlichen Verwaltung. Träger sind außerdem mit neuen Anforderungen konfrontiert.

EMPFEHLUNG 6: Bessere Rahmenbedingungen schaffen – voneinander lernen – qualifizieren!

Programmträger sollten vermehrt auf die Erfahrungen Geflüchteter zurückgreifen, die bereits selbst als Mentees begleitet wurden. Empfohlen wird, die Träger dabei zu begleiten, mit den besonderen Anforderungen umzugehen und die notwendige Qualifizierung zu unterstützen.

7. Befund: Arbeitsmarktintegration bleibt das Schlüsselthema

Die Zahl der geflüchteten Menschen, Asylbewerber und Geduldeten, die als arbeitssuchend gemeldet sind, nahm im Programmjahr 2017 stetig zu. Somit gewinnen auch Fragen zur Integration in den Arbeitsmarkt in den Mentoring- und PatInnenschaftsbeziehungen eine noch größere Relevanz. Wichtige Fragen betreffen Sprachbarrieren, die Anerkennung von Voraussetzungen und die Differenzierung zwischen formalen und nicht-formalen Voraussetzungen für Einschätzungen von Möglichkeiten einer Arbeitsmarktintegration.

EMPFEHLUNG 7: Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Zugangs bedürfen der Verbesserung!

Berufsspezifische Sprachkenntnisse können die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen erleichtern. Programmträger können hier erste Akzente setzen, indem sie bereits beim Matching die Geflüchteten nach ihren Arbeitsbereichswünschen befragen und im Idealfall mit PatInnen aus dieser Branche zusammenbringen.

Viele Geflüchtete verfügen über formale Qualifikationen mit entsprechenden Belegen. Die Hürden zur Anerkennung dieser Qualifikationen sind allerdings häufig sehr hoch. Die Politik sollte hier Impulse zur vereinfachten Anerkennung von formalen Qualifikationen aus Fluchtregionen setzen.

Die Arbeitsmarktvermittlung durch die Agentur für Arbeit und die Jobcenter ist in Deutschland in erster Linie von formalen Qualifikationen geleitet. Die nicht-formalen

Qualifikationen finden selten Beachtung. Empfohlen wird eine niedrighschwellige Möglichkeit, diese im Rahmen von Matching-Prozessen zu erheben. In dieser Phase der Kontaktaufnahme stehen KoordinatorInnen bereits im engen Austausch mit den Geflüchteten und können die nicht-formalen Qualifikationen systematisch erfassen.

Mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten wird KoordinatorInnen empfohlen, verstärkt die nicht-formalen Qualifikationen der Geflüchteten in den Fokus zu nehmen. Gerade im Matchingprozess haben die KoordinatorInnen eine Möglichkeit, diese systematisch zu erfragen und zu erfassen und für die Arbeitsmarktintegration nutzbar zu machen.

Fortbildungsmaßnahmen sind im Moment noch teilweise „zugangsbeschränkt“. Oftmals haben lediglich Einheimische Zugang zu diesen Angeboten. Für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten wird dringend empfohlen, Zugänge zu ermöglichen.

Regelmäßige Austauschformate, Runde Tische unter Einbezug Haupt- und Ehrenamtlicher sowie ein weiterentwickelter Wissenstransfer im Programm und mit Strahlkraft darüber hinaus werden zum Thema Arbeitsmarktintegration sehr empfohlen.

8. Befund: Vielfältige Trägerlandschaft im Programm birgt enorme Potentiale

Die Trägerlandschaft im Programm ist bereits sehr vielfältig. Die Möglichkeiten des Wissenstransfers, des Austauschs und der Kooperationen bergen enorme Potentiale. Zwei Perspektiven sind im Programm allerdings noch unterrepräsentiert: Unternehmen und die Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Das Programm als Ganzes würde von einer Öffnung der Programmträgerlandschaft hin zu diesen Akteursgruppen profitieren.

EMPFEHLUNG 8: Erweiterung der Programmträgerlandschaft und weitere Förderung von Transparenz und Wissenstransfer!

Um die Potentiale der vielfältigen Trägerlandschaft bergen zu können, sollten Erfahrung, Know-how, Praxisbeispiele und Materialien, die im Rahmen der Partnerschaftsprojekte generiert werden, weiter transparent gemacht und zur Verfügung gestellt werden. Der Erfahrungsaustausch unter allen beteiligten Akteuren und der Wissenstransfer ist noch weiter voran zu bringen.

Das Programm sollte auch für Programmträgergruppen aus dem Bereich der Wirtschaft und der Selbstorganisationen Geflüchteter geöffnet werden. Schnittstellen, Netzwerke und Kooperationen zu diesen Gruppen sollten stärker in den Blick genommen werden. Mit dem Ziel einer Gewinnung dieser Akteure bietet es sich an, die Voraussetzungen einer Antragstellung entsprechend anzupassen.

Empfohlen wird eine Bündelung von Zugängen zum Know-How durch die Schaffung einer zentralen, öffentlichen Wissens- und Informationsplattform, insbesondere zum Thema „Wege in die Arbeit“ und „Bildung“, die ressort- und institutionsübergreifend ist, mit Verlinkung zu der „Menschen stärken Menschen“-Webseite.



**BRÜCKEN ZUM
WEITERKOMMEN**

Am Kongressprogramm aktiv beteiligte Personen

Fachkongress „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen“

Grußworte

DR. RALF KLEINDIEK
Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

CAROLA SCHAAF-DERICH
Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin,
BBE-SprecherInnenrat

Keynotes

PROF. EM. DR. PHIL. MICHAEL HALLER
Universität Leipzig, Wissenschaftlicher Direktor
des Europäischen Instituts für Journalismus-
und Kommunikationsforschung e. V.

PROF. EM. DR. DIETRICH THRÄNHARDT
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Auf dem Podium

FLORIAN AMORUSO-STENZEL
Netzwerk Berliner Kinderpatenschaften e. V.

UTE KUMPF
ehem. MdB, AWO Landesverband Berlin e. V.

ALEXANDER BAIC
Boston Consulting Group

KLAUDIA LEHMANN
Prognos AG

MICHAEL BERGMANN
Deutscher Caritasverband e. V.,
BBE-SprecherInnenrat

VICTOR OSTROVSKY
Vorstand Bundesverband russischsprachiger
Eltern (BVRE) e. V.

BRESCHKAI FERHAD
Bundesverband Nemo e. V.

DR. THOMAS RÖBKE
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement Bayern e. V., Vorsitzender
des BBE-SprecherInnenrats

MARTIN GERLACH
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.

DR. CHRISTOPH STEEGMANN
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

AXEL HALLING
Initiative Bürgerstiftungen

ALISA WIELAND
ROCK YOUR LIFE!

SUSANNE HUTH
INBAS-Sozialforschung GmbH

HAMZA WÖRDEMANN
Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.

MIRIAM JUNKER-OJO
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

CHRISTOPH ZECKRA
Generali Deutschland AG

Dialogforen

I Zugänge zu Bildung gestalten

Moderation:

MELISA BEL ADASME und SUSANNE HUTH

INBAS Sozialforschung GmbH

Impulse:

DR. MEHMET ALPBEK und WLADIMIR WEINBERG

Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt)

KATJA HINTZE und SOPHIE VON WEDEL

Stiftung Bildung

II Öffentlichkeitsarbeit

Moderation:

RAINER HUB

Diakonie Deutschland

Impulse:

KATARINA PERANIC

Stiftung Bürgermut

DR. RUDOLF SPETH

Maecenata Institut

III Wege in die Arbeitswelt

Moderation:

BRIGITTA WORTMANN

BP Europa SE, BBE-SprecherInnenrat und JUSTUS GERMER

BP Europa SE

Impulse:

KADIM TAS

JOBLINGE gAG FrankfurtRheinMain

SEFER ÖNCEL

Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit

IV Vorbereiten, Matchen, Begleiten

Impuls und Moderation:

LENA BLUM und VOLKER UHL

BürgerStiftung Hamburg

V Interkulturalität als Chance

Moderation:

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU

Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e.V., Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt)

Impulse:

PROF. EM. DR. URSULA BOOS-NÜNNING

Universität Duisburg-Essen

MAMAD MOHAMAD

Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

VI Brücken schlagen

Moderation:

CAROLA SCHAAF-DERICHS

Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin, BBE-SprecherInnenrat

Impulse:

GUDRUN KIRCHHOFF

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und KATJA HENZE

Stadt Weißenfels, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

ANJA HERDE

UPJ e.V.

Kongressleitung

DR. LILIAN SCHWALB

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Veranstaltungsmanagement

ANNE-KATHRIN LANGE, BEHZAD FALLAHZADEH

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Kongressmoderation

PATRICIA ORTMANN

Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen e.V.

Tagungsort

af Auditorium Friedrichstraße

Programmträger Förderzeitraum 2017

AWO Bundesverband e. V.

SUSANNE RINDT | www.awo.de

bagfa Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V.

BERND SCHÜLER | www.bagfa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS)

ERIK RAHN | www.seniorenbueros.org

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

DR. LILIAN SCHWALB | www.b-b-e.de

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

AXEL HALLING | www.stiftungen.org

Bürger-helfen-Bürgern e. V. Hamburg

BERND P. HOLST | www.freiwilligenmanagement.com

BürgerStiftung Hamburg

LENA BLUM | www.buergerstiftung-hamburg.de

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.

STEFAN PAUL KOLLASCH | www.der-paritaetische.de

djo-Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e. V.

JOHANNA VOSS | www.djo.de

Deutscher Caritasverband e. V.

LEONNIE BRONNER | www.caritas.de

Deutsches Kinderhilfswerk e. V.

CHRISTINA SIEVEKING | www.dkhw.de

Deutsches Rotes Kreuz e. V.

TATJANA MOSER | www.drk.de

Diakonie Deutschland – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

RAINER HUB | www.diakonie.de

Start with a Friend e. V.

SARAH ROSENTHAL | www.start-with-a-friend.de

Stiftung Bildung

GINA FRIEDRICH | www.stiftungbildung.com

Stiftung Bürgermut

KATARINA PERANIC & SEBASTIAN GILLWALD | www.opentransfer.de

Stiftung Lernen durch Engagement – Service-Learning in Deutschland SLIDE gGmbH

SILKE VAN KEMPEN | www.lernen-durch-engagement.de

Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

DR. SEZGI CEMILOGLU | www.tgd.de

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)

HÜSNA BARLAK | www.ditib.de

UPJ e. V.

ANJA HERDE | www.upj.de

ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

DR. TATIANA MATTHIESEN | www.zeit-stiftung.de

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) e. V.

HAMZA WÖRDEMANN | www.wirsindpaten.de

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

GÜNTER JEK | www.zwst.org

ZUM WEITERLESEN

Kongressprogramm 2017:

www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/bbe-veranstaltung/2017/bbe-flyer-patinnen-kongress-2017.pdf

Präsentationen der ReferentInnen und Bilder vom Kongress 2017:

www.b-b-e.de/projekte/patinnen-mentorinnen-lotsinnen/fachkongress/2017

Die Programmträger 2017 und ihre Projekte:

www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/projekte/patinnen-projekte-2017.pdf

Bericht der Prognos AG im Auftrag des BMFSFJ (2017) über die Wirkungsanalyse des Patenschaftsprogramms im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“:

www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/wirkungsanalyse-des-patenschaftsprogramms-im-bundesprogramm--menschen-staerken-menschen-/117598

„PatInnen, LotsInnen und MentorInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen – Verbreitung, Unterstützungsbedarf, Perspektiven“, Dokumentation des Fachkongresses am 29. und 30. September 2016 in Berlin:

www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/patinnen-mentorinnen-lotsinnen-kongress-2016-dokumentation.pdf

Weiterführende Literatur, Broschüren und Dokumente:

www.b-b-e.de/publikationen/publikationen-migration/fachkongress-2017



ISBN: 978-3-9818732-7-6